

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 17 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluss bei redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin gegen Hitler

Otto Wels spricht: „Unser Kampf geht um die Einheit der Arbeiterklasse“

Unvorstellbar ist, was Berlin gestern erlebte. Eine arbeitende Millionenstadt in Bewegung. Von Norden und Süden und Osten marschierten sie in endlosen Zügen. Eine einzige dieser ungeheuren Marschkolonnen hätte genügt, den Lustgarten zu füllen. Sie marschierten unter wehenden roten Fahnen mit den drei Pfeilen, die Straßen dröhnten von ihrem Schritt, ihre Freiheitsrufe stiegen zum Himmel empor.

Das war Berlin in Bewegung, das rote Berlin!

Wie viele es waren, ist schwer zu sagen. Maßstäbe fehlen. Man kann die Wellen im Meer nicht zählen, wer kann schätzen, aus wieviel einzelnen dieses Menschenmeer bestand? Aber wieviel Hunderttausende es immer gewesen sein mögen, das Ganze war eine ungeheure Einheit, von einheitlichem Kampfgeist erfüllt, zusammengeschmiedet durch wirtschaftliche Not und politischen Druck: ein stahlharter Block.

Berlin ist nicht Rom. Hitler ist nicht Mussolini. Berlin wird niemals die Hauptstadt eines Faschistenreiches werden. Berlin bleibt rot!

Aus dem Menschenmeer ragt wie ein Fels die Rednertribüne. Ein Führer steht an ihr. Ein Mann der Arbeit, Fleisch vom Fleische des deutschen Volkvolks.

Und alle empfinden ihn so, als einen, der nicht über ihnen, sondern in ihrer Mitte steht, als ein Stück von sich selbst. Das sind ja auch keine abergläubischen Kleinbürger, die vor einem politischen Wundertäter auf den Knien liegen, es sind politisch geschulte, kritische Berliner Arbeiter, und der Mann, der oben steht, der in sich verkörpert, was an Erkenntnis, Willen, Leidenschaft in ihnen lebt, er ist einer von ihnen — Otto Wels.

Er spricht, und hunderttausend hören in lautlosem Schweigen das Bekenntnis eines Mannes, der seit Jahrzehnten für die Freiheit steht und sich. Nur aus der Ferne klingt die Marschmusik der immer noch heranziehenden ungeheuren Kolonnen, bis mit dem Schlusswort der Redner wie aus einem Munde der Freiheitsruf der Hunderttausende empordröhnt. Gelohnis, Protestschrei, Kampfruf.

Aus der Gegend des Museums tönt echoartig der Ruf „Rot Front!“ Er kommt von kommunistischen Arbeitern, die mitmarschieren sind.

Wie der Abmarsch beginnt, wirbeln Flugblätter in die Luft. Sie stammen von der Bezirksleitung der KPD. und enthalten u. a. die Behauptung, die Kommunistische Partei habe an die Sozialdemokratie, die freien und die christlichen Gewerkschaften wiederholt Angebote zu gemeinsamem Kampf gerichtet. Von solchen Angeboten ist aber der Sozialdemokratie nichts bekannt. Sie kennt nur verschiedene Versuche der kommunistischen Parteileitung, die Führung der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Massen an sich zu reißen. Mit wirklichen Angeboten zur Bildung einer Einheitsfront hatten diese Versuche nichts zu tun. Sie waren das gerade Gegenteil davon.

Später erfuhr man, daß der kommunistische Abgeordnete Torgler von der Versammlungsleitung unmittelbar vor Beginn der Veranstaltung verlangt hatte, sie solle ihm das Wort geben, damit er das Flugblatt verlesen könne. Die Versammlungsleitung hat das mit Recht abgelehnt. Bekam Torgler das

Wort, so bestand die Gefahr, daß die Polizei eingriff, was angesichts der ungeheuren Menschenmenge zu unabsehbaren Konsequenzen führen konnte. Die Erklärung konnte aber auch auf keinen Fall ohne Gegenrede hingenommen werden, und zu Diskussionen über die Einheitsfront ist der Lustgarten nicht der geeignete Platz. Handeln ist besser als diskutieren.

Was der Lustgarten, was ganz Berlin gestern erlebte, war eine Tat im Geiste der Einigkeit. Der Faschismus wird Deutschland nicht besiegen. Im Kampfe gegen ihn war dieser 7. Februar ein historischer Tag, unvergänglich allen, die ihn erlebten.

Berlin steht für die Freiheit! Berlin bleibt rot!

Die Kundgebung

Die gewaltige Kundgebung der Eisernen Front wurde von Franz Künstler mit einer ergreifenden Ehrung der Todesopfer des Faschismus aus den letzten Tagen eingeleitet: „Wir wertvollen Männer und Frauen Berlins denken an unsere Toten, die selbe gemeuchelt wurden. Ich erinnere nur an Bürgermeister Kästen aus Stahlfurt, unsern Genossen und Mitkämpfer, an unsere tapferen Reichsbannerkameraden, die in Breslau und Chemnitz ge-

meuchelt wurden, und an die Gastwirts Witwe Frau Röder in Friedenau. Hier ist heute keine staatliche Gedenkfeier für die gemordeten Freiheitskämpfer, hier ehrt das Volk seine Toten.“

Tiefste Stille herrschte auf dem Riesenplatz, hunderttausende entblöhten ihr Haupt, das Reichsbanner salutierte. Es war ein Augenblick ernster Feiertagsfeier. Aber als dann Franz Künstler fortfährt, daß der Freiheitsdrang der Opfer immer in uns fortleben wird und daß auch wir bereit sind, unser Leben für die Freiheit zu geben, da erklingen stürmische Freiheitsrufe, die kein Ende nehmen wollen.

Dann gibt Franz Künstler das Wort dem „Parteiorganisierenden, der aus dem proletarischen Osten Berlins emporgestiegen ist, dem wirklichen Arbeiterführer“

Otto Wels

Mit stürmischen Freiheitsrufen empfangen, hält Otto Wels die folgende Ansprache an die Hunderttausende:

„In einer Zeit sich überfüllender politischer Ereignisse ist das arbeitende Volk Berlins unserem Rufe in einer Zahl gefolgt, wie das seit den sturmbelegten Novembertagen nicht der Fall gewesen ist. Die Arbeiterfront steht! Sie steht ungebrochen und einig! Denn ja! Nachtvoll erhebt sich der Widerstand gegen jene Elemente,

die seit Jahren den Haß gegen Volksgenossen geschürt, die Achtung vor dem Menschenleben vernichtet haben, die die Gewalt gegen an Stelle des moralischen Gesetzes, das in jedem Menschen treibende Kraft sein soll.

Im Namen Deutschlands wird eine stupide Rassenhetze getrieben. Der politische Mord raßt durch Städte und Dörfer. Mit Entsetzen sieht die Welt auf unser Land, das einstmals das Land der Dichter und Denker hieß, mit dem verglichen heute die Länder des Balkans als friedliche Kinderstuben erscheinen. Der Führer der Nationalsozialistischen Partei hat in einer Rede, für die das gesamte Reichskabinett sich verantwortlich erklärt hat,

wiederm von den Novemberverbrechen

gesprochen. Er sprach von den 14 Jahren, in denen der Marxismus Deutschland zugrunde gerichtet habe.

Am 5. März wird das deutsche Volk zu dieser geschichtlichen Darstellung Stellung nehmen. In allen Dörfern und Städten soll jener Aufruf durch Anschlag verbreitet werden. Er wird das Gewissen der Massen schärfen. Er wird die Erinnerung daran wachrufen, wie es 1918 in Deutschland war. Damals war Deutschland ein Scherbenhaufen. Damals standen wir vor der schwersten Aufgabe, die ein Volk seit Menschengedenken zu bewältigen hatte. (Langanhaltender Beifall.)

Herr Hugenberg, Herr von Papen, Sie kennen die Parteien genau, die das Trimmerfeld von 1918 herbeigeführt haben. 150 Milliarden Kriegsschulden und ein Heer von Kriegsgewinnlern und Kriegsschieberrn hat jenes System geschichtet.

Eine margistische Regierung hat Deutschland vor dem Schwerkstein bewahrt. Millionen deutscher Soldaten wurden durch gesetzliche Maßnahmen in wenigen Monaten in ihren alten Arbeitsstätten untergebracht. Der Plan der Kriegsgegner, Deutschland zu besetzen und zu zertrümmern, wurde abgewehrt. Das zerstörte Verkehrsweesen, die vernichtete Handelsflotte, die abgelieferte Rheinflotte, die jahrelange Blockade, die nach dem Kriege noch weiter bestand, die Erschütterung der ganzen Volkskraft schienen für den Wiederaufbau schier unüberwindliche Hindernisse. Sie wurden überwunden. Aber das ging nicht mit schwülstigen Redensarten, sondern nur durch übermenschliche Anspannung der Kräfte, durch angestrengteste Arbeit. (Stürmische Zustimmung.)

14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert! Sagen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Aber fünf Jahre nur war die Sozialdemokratie an Regierungen beteiligt. Das aber, was an wirklicher Luftarbeit geleistet wurde, fällt in die erste Zeit nach dem Kriege, in der allein sozialistischer Einfluß herrschte.

Da allerdings haben wir das Dreiklassenwahlrecht beibehalten, ein Verbrechen, das uns die Deutschnationalen niemals verzeihen werden. Wir haben die Gewerbeordnung beibehalten und den rechtslosen, staatsfeindlichen Arbeiter dem Staate nähergebracht. Wir haben ihm gezeigt, daß der Staat sein Staat sein könne. Wir haben nach der Verfassung dem Arbeiter das Recht auf Arbeit garantiert und dem Arbeitslosen die Unterstützung des Staates gesichert, wie wir dem Arbeitenden durch das Tarifrecht den Lohn zu garantieren trachteten.

Was wir außenpolitisch geleistet haben, wird dadurch nicht geringer, daß Herr von Papen in Lausanne die Früchte unserer Arbeit ernten konnte. (Lebhafte Beifall.)

Die Rheinlandbefreiung, die Befreiung der

Die Komödie in Preußen

Der „Ständige Ausschuß“ als Feigenblatt

Der Ständige Ausschuß des Preussischen Landtages stimmte am Dienstagabend dem Vorschlage des preussischen Staatsministeriums, das durch den Staatssekretär Dr. Nobis im Ausschuß vertreten war, mit 13 Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen zu, die Neuwahlen zum Preussischen Landtag gleichzeitig mit den Reichstagswahlen am 5. März stattfinden zu lassen.

Das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten beteiligten sich unter Abgabe von Protesterklärungen gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten an der Abstimmung nicht.

Recht oder ... ?

16 Seiten Klage,
53 Seiten Briefwechsel

Die Klage des Landes Preußen gegen das Reich und den Reichskommissar ist Dienstag morgen gegen 11 Uhr im Büro des Staatsgerichtshofs beim Reichsgericht überreicht worden. Die Klage umfaßt sechzehn Seiten. Der Klageantrag lautet:

„Der Staatsgerichtshof wolle erkennen: Die auf Grund des Art. 48 Abs. 1 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen vom 6. Februar 1933 steht mit der Reichsverfassung nicht in Einklang und ist daher ungültig.“

Der Klagechrift ist in einem Anlagebande von 53 Seiten der Schriftwechsel beigelegt, der vom Oktober 1932 bis zum 6. Februar 1933 zwischen dem preussischen Staatsministerium und der Reichsregierung und dem Reichskommissar über die Durchführung des Leipziger Urteils vom 25. Oktober 1932 geführt wurde.

Darüber, ob mündliche Verhandlung stattfinden soll oder nicht, ist in den preussischen Anträgen nichts gesagt.

Bayern gegen Papen

Und gegen den Antipreußenkurs

München, 7. Februar.

Die bayerische Regierung ist der Auffassung, daß durch die Übernahme der Preußenregierung in die Gewalt des Reiches die Länder ihres verfassungsmäßigen Vertretungsorgans in der Reichspolitik beraubt sind. Der Reichsrat sei durch den Eingriff des Reichspräsidenten in seinem Sinn und Zweck vollkommen zerstört. Als Abwehr bleibe den in Mitleidenschaft gezogenen Ländern zunächst nur das eine Rechtsmittel, sich mit einer Klage an den Staatsgerichtshof zu wenden. Bayern habe aber keine Reklamation, diesen Weg zu beschreiten.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz fügt dieser offiziellen Mitteilung folgende Begründung hinzu: „Man hat die trübe Erfahrung gemacht, daß beim Obersten Gerichtshof des Reiches die Kraft für eine unabhängige Rechtsprechung in solchen von der Politik berührten Verfassungsfragen gebrochen ist. Damit ist ein schwerer Vorwurf gegen die Reichsgewalt ausgesprochen, die durch ihre Maßnahmen in Preußen immer wieder neue Lasten geschaffen hat, die kein Staatsgerichtshof verbauen kann. Es ist heute soweit gekommen, daß es besser ist, den Staatsgerichtshof überhaupt nicht mehr in Verlegenheit zu bringen. Verzicht also die Länder auf die ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel, so werden sie sich darauf besinnen müssen, ihre politischen Mittel um so stärker und entschiedener zum Einsatz zu bringen. Die bayerische Staatsregierung ist auf jeden Fall nicht gewillt, sich mit der geschaffenen Lage abzufinden.“

Berlin in Bewegung

Der Aufmarsch zum Lustgarten

Reparaturen ist das Verdienst der von uns eingeleiteten, von Raithenau, Strefemann und Brüning fortgeführten Außenpolitik. Herr Hugenberg weiß das alles genau, denn die Deutschnationalen waren ja vier Jahre lang mitführend in der Regierung.

Vor acht Monaten standen die Nationalsozialisten gegen Herrn von Papen im Kampf gegen die Barone, gegen die „feinen Herren“. Damals schrieb der „Völkische Beobachter“, das Zentralorgan der Nationalsozialisten, nach einer Rede des Herrn Roemer:

„Herr von Papen, wo waren Sie denn im Jahre 1918? Das Gebetbuch Ihrer Sippe war der Dividendenbericht der Börse! Jetzt machen Sie sich an, in die Geschäfte des deutschen Volkes einzugreifen. Ihre Handlungsweise ist ein Dolchstoß in den Rücken des um Sein oder Nichtsein kämpfenden Volkes. Sie betreiben die Geschäfte des Mammons und errichten eine Klassenherrschaft reaktionärer Art. Sinn und Zweck der Reichstagsauflösung ist, daß das Volk in Leihhülle, Stumpfheit und Verzweiflung fällt, sich selbst zerfleischt und gegenseitig aufrißt.“

Heute sehen die Führer der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen mit Herrn von Papen, der 13 Jahre lang als Zentrumsabgeordneter im Preussischen Landtag mit den marxistischen Parteien zusammenschloß, in der Regierung.

Wacht Tage ist das jetzige Kabinett am Ruder. Wo sind seine Taten? Die Zeitungen melden: „Das Kabinett berät, Beschlüsse wurden nicht gefaßt.“ (Große Heiterkeit.)

Die Wunderrezepte hat das Volk noch nicht kennengelernt, mit denen die Nationalsozialisten im Handumdrehen Rot und Elend für alle Bevölkerungsklassen zu beseitigen versprochen. Sie ruhen weiter verborgen im Schutze des Braunen Hauses!

Der Kampf der Interessen unter diesen Parteien ist ausgebrochen, der Kampf um die Futterkrippe in vollem Umfange entbrannt. (Gebähter Zustimmung.)

Das Mißtrauen sitzt an den Beratungen der jetzigen Koalition.

Jetzt schon erinnert Herr Duesterberg daran, daß der Stahlhelm es wisse und nicht vergessen werde, daß es auch in den marxistischen Parteien Hunderttausende von alten Frontsoldaten gibt, die vor dem Feind in heroischer Weise ihre Pflicht getan haben. Jetzt schon gibt man der Besorgnis Ausdruck, daß die Nationalsozialisten sich insgeheim nach anderen Bundesgenossen umsehen, wenn es ihnen nicht gelingt, bei den Wahlen die Mehrheit im Reichstage zu erhalten.

Indessen jagt eine Notverordnung die andere. Immer stärker schwindet das Bewußtsein im Volke, in einem Rechtsstaat zu leben. (Starke Zustimmung.)

Ein Stachelndraht von Verböten, Strafandrohungen umgibt uns, wohn wir bilden. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, Freiheit des Wortes und der Schrift, sind in einer nie dagewesenen Weise eingeengt.

Der „Vorwärts“ ist wegen des Aufrufs des Parteivorstandes zu den von der Reichsregierung ausgeschriebenen Wahlen beschlagnahmt und das Hochverratsverfahren eingeleitet worden. (Neue Heiterkeit.)

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat sich vor dem Oberreichsanwalt zu seinem Aufruf als verantwortlich bekannt. (Bravo- und Freilichtrufe.)

Wir sehen den Dingen mit Ruhe entgegen, aber wir erinnern daran, daß es das Reichsgericht war, das es ablehnte, gegen die Verfasser der Bogheimer Dokumente als Hochverräter einzuschreiten. Man vergleiche jenes blutige Dokument mit dem Aufruf des Parteivorstandes, und man wird denen rechtgeben, die sagen: Hochverrat, wie hast du dich verändert! (Heiterkeit.)

Über angefaßte all dieser Strafbestimmungen erinnern wir an das alte Wort: Bestrenge Herren regieren nicht lange! Es sind nicht starke Regierungen, die die Gewalt zu ihrem Regierungsprinzip erheben. Es ist das Gefühl der Schwäche, das Gefühl der Ohnmacht, das aus all diesen drakonischen Strafbestimmungen spricht.

Die Arbeiterkassen wird durch solche Bestimmungen nicht eingeschüchtert. (Beifallsturm.)

Sie hat in anderen Zeiten den Kampf zu führen gewohnt mit ihren ureigensten Mitteln, und wird ihn führen in der Art, wie sie es für richtig hält.

Disziplin und Geschlossenheit! Das ist es, was die Eisernen Front in ihrem Kampf für die Freiheit zusammenhält. Die Eisernen Front folgt ihren eigenen Parolen.

Die Eisernen Front weiß — und das sollten auch die Nationalsozialisten und Deutschnationalen wissen —, daß man die Menschen durch Furcht nicht überzeugen kann, daß alle Gewalttaten und alle Bedrohungen die Sinne der Menschen nicht erobert können, sondern sie abstoßen werden, daß keine Kräfte, keine mechanische Ueberrumpelungen, der das Volk erobern will, von der Notwendigkeit entbindet, die Mehrheit der Nation durch Belehrung, Propaganda und geistliche Methoden auf dem Boden der Rechtsgleichheit zu gewinnen.

In diesem Sinne geht unser Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, um die Einheit des erwerbsfähigen Volkes. (Stürmische Zustimmung.) Wir lehnen es ab, den Hunger und die Not

Auf dem Stellplatz in Neukölln, auf dem die Bezirke Kreuzberg und Neukölln und die dort liegenden Betriebe antraten, waren bereits um 4 Uhr mehrere tausend Teilnehmer versammelt. Handzettel mit der Aufforderung zum Abonnement des „Vorwärts“ und dem Text des „Sozialistenmarsches“ waren im Umfuge zu 10.000 verteilt. Um 4.45 Uhr setzte sich die Spitze des Zuges in Bewegung. Durch die Diefendach-, Graefstraße, über die Kolthuser Brücke, durch die Mariannen-, Dranien-, Dresdener und die Breite Straße zog die unübersehbare Masse. Genossen, die am Anfang des Zuges marschierten, berichteten uns, daß sie den Lustgarten erst beim Schlußwort des Genossen Künstler erreichten. Ungezählte rote Fahnen wurden im Zuge mitgeführt, mehrere Reichsbannerlappen und Trommlerkorps sorgten für Marschmusik. „Aufreizende Rufe“ hatte die Polizei unterjagt, aber unsere Genossen wußten sich zu helfen: die Einübung einiger Sprechchöre war nach wenigen Minuten beendet und so erschallte es sehr oft und sehr eindringlich: „Berlin bleibt rot!“

In der Hornstraße, mit der Spitze nach der Nordstraße zu, versammelten sich die Stadtbezirke Wilmersdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof. Auch hier dasselbe Bild wie in Neukölln. Mit der Straßenbahn und dem Omnibus oder in schon geordneten Zügen zu Fuß, kamen die Anhänger der Eisernen Front aus den Betrieben anmarschiert. Eine Sonderdemonstration veranstaltete die Belegschaft der Firma Stock-Mariensfelde. Der Betriebsrat hatte bei der Firmeneinleitung durchgesehen, daß eine Stunde früher geschlossen wurde, die gesamte Belegschaft hat sich dann ohne Partei- oder Gewerkschaftsunterstützung nach dem Lustgarten aufgemacht. Auch die Unorganisierten gingen diesmal nicht den gewöhnlichen Weg nach Hause. Von 1200 aus dem Werk marschierten 1000 Mann in dem Zug der Eisernen Front mit.

Auf unserer Fahrt zu den Stellplätzen kommen wir um 5 Uhr am Lustgarten vorbei. Schon um diese frühe Zeit — eine Stunde vor Beginn der Kundgebung! — ist der Platz vor der Rednertribüne fast zur Hälfte gefüllt. Noch sind die Genossen dabei, das Rednerpult aufzubauen und die großen Transparente anzubringen, die da mahnen: „Leb den „Vorwärts!“ und „Berlin bleibt rot!“

Nach dem Kleinen Tiergarten geht unser Weg, wo die Bezirke Tiergarten und Charlottenburg und die Arbeiter der Riesenbetriebe von Döram, der AEG-Turbine, von Siemens und Bergmann sich versammelten sollen. Der Zug kommt uns schon entgegen. Die Schnurstraße Straße Alt-Moabit gestaltet einen guten Ueberblick, doch so weit das Auge reicht, beherrschen die roten Fahnen, die Transparente und die Erkennungsschilder der Betriebe das Straßenbild. Den Anfang des Zuges trafen wir am Kriminalgericht, im Kleinen Tiergarten selbst standen noch zu Tausenden und aber Tausenden die Teilnehmer und wartete auf den Antritt.

An der Kreuzung der Schönhauser Allee und der Lothringer Straße treffen wir auf den Zug, der sich in der Danziger Straße aufgestellt hat. Es war einer der gemächlichsten, die die nördlichen Bezirke Berlins je gestellt haben.

Ruhr vor 5.30 Uhr sind wir auf dem Küstriner Platz, dem Stellplatz im östlichen Berlin. Der Bezirk Friedrichshagen, ferner Treptow, Köpenick, Lichtenberg versammelten sich hier. Der Abmarsch begann pünktlich um 4.45 Uhr. Aber bei unserem Eintreffen, also drei Viertel Stunden später, standen die Teilnehmer immer noch in zwei- und dreifachen Zügen formiert, auf dem Stellplatz, und es war gar nicht abzusehen, wann sie an den Abmarsch nach dem Lustgarten denken könnten.

Inzwischen war der Lustgarten gefüllt. Es war kein Plätzchen mehr frei, weder vor der

Schloßterrasse, noch hinten am Museum, weder vor dem Dom, noch auf der Wilhelmbrücke, noch drüben am Zeughaus. Die Kundgebung der Eisernen Front hatte einfach von sich aus den Lustgarten erweitert, indem alle umliegenden Straßen noch voll von Demonstranten standen. Wir haben sie in der Bretten- und Rohlstraße stehen sehen, wir fanden die Kaiser-Wilhelm-Straße bis zur Zentcalmarkstraße hin überfüllt. Wir hörten, als schon längst das Schlußwort gesprochen war, vom Kupfergraben her noch die vom Kleinen Tiergarten Kommenden anmarschieren, und in der Französischen Straße hatte der Rielenzug der Hammerstraße von Wilmersdorf nicht weitergekommen. Berlin war in Bewegung!

Nach dem Abmarsch

Nabezu eine Stunde dauerte es, bis sich der weite Platz vor dem Schloß und der Lustgarten langsam geleert hatten. Besonders erfreulich die musterartige Disziplin der Zehntausende, die aus allen Stadtbezirken in fast endlosen Heerzügen zum Lustgarten marschiert waren: nirgends ist es zu nennenswerten Zwischenfällen gekommen.

Die mahnenden Worte des Genossen Künstler im Lustgarten, sich auf dem Heimweg nicht provozieren zu lassen, sind, wie bei der Disziplin der sozialdemokratischen Arbeiter nicht anders zu erwarten, auf fruchtbarem Boden gefallen. Die Massen strömten in musterartiger Ordnung in die Wohnbezirke zurück und dort, wo politische Gegner dennoch zu provozieren versuchten, blieben ihre Störungversuche unbeachtet.

Abends konnte das Berliner Polizeipräsidium melden, daß die gewaltige sozialdemokratische Demonstration völlig ruhig verlaufen und Festnahmen nicht erfolgt seien. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß die Haltung der Berliner Schupo-Mannschaften fast durchgängig zu Klagen keinen Anlaß bot.

14 Jahre Marxismus

Ob das Hitler weiß?

„14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert.“

Von diesen 14 Jahren war 8 Jahre hindurch Herr von Hindenburg Reichspräsident, der jetzt Herr Hitler ernannt hat.

In diesen 14 Jahren war der Nazifreund Cuno Reichkanzler, der Nazifreund Schacht Reichsdankpräsident, die Hugenbergfreunde Hergt Justizminister, von Schleben Finanzminister, von Reubell Innenminister, Koch-Düsseldorf Verkehrsminister.

Diese 14 Jahre hindurch haben der gegenwärtige Außenminister Freiherr von Neurath, der Finanzminister von Krosigk und der Wehrminister von Blomberg, die Herrn Hitlers Kabinett angehören, der Republik, also wohl dem Marxismus gedient. Ob das Herr Hitler weiß?

In diesen 14 Jahren sind die rechtsstehenden Bauernführer Schiele, von Ranitz, Schlange-Schönningen, von Braun, Hermes und Haslind Minister der Regierung gewesen. Ob das Herr Hitler weiß?

In diesen 14 Jahren haben die kapitalistischen Wirtschaftsführer von Raumer, Scholz,

Becker-Hessen, Albert und Schweine-Schmidt der Regierung angehört. Ob das Herr Hitler weiß?

Außerdem gehörten in dieser Zeit, vom Zentrum und Bayern abgesehen, die „Marxisten“ Jarres, Rosenberger, Gehler, Groener, Moldenhauer, Luther, Curtius und Strefemann den deutschen Regierungen an. Ob das Herr Hitler weiß?

Ob er weiß, daß Brüning, Stegerwald, von Guérard, Schäkel, Stingl, Koch-Weser, Brauns, Reinhold, Dietrich-Waden, selbst der Reichskanzler Wilhelm Marx keine ganz überzeugten „Marxisten“ sind?

Weiß er nicht, daß in diesen 14 Jahren die deutsche Wirtschaft nicht von Marxisten, sondern von den Stinnes, Thyssen, Borfig, Wöglar, Krupp von Bohlen-Halbach, Otto Wolff, Schufen, Silberberg, Duisburg geleitet wurde?

Er weiß es wohl nicht, sonst könnte er wohl kaum den Satz in die Welt schmettern, 14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Er kennzeichnete damit nicht den Marxismus, sondern seine eigenen politischen Kenntnisse.

unseres Volkes als Grundlage für Wandel um Nachstellungen auszubedenken, wie wir das bei den Nationalsozialisten sehr erleben. Das arbeitende Volk in seiner alle gleich bedrückenden Not ist innerlich eine Einheitsfront, denn die Not des einen ist das Elend des anderen.

Wenn man auch gestern noch einen Nichtangriffspakt zwischen den Arbeiterparteien abgelehnt hat:

in der Masse lebt der Wille, und die Notwendigkeit schmiedet das Geschick.

Das Interesse eines geordneten Staates ist mit den Interessen der Mehrheit seiner Bewohner immer identisch. Das deutsche Volk ist in sich selbst die beste Garantie für die Wahrung der Staatsinteressen.

Das erwerbstätige Volk in Stadt und Land hat am 5. März noch einmal die Gelegenheit, sein Geschick selber in die Hand zu nehmen und durch ein überwältigendes Bekenntnis zur Demokratie, zum Selbstbestimmungsrecht des Volkes den Drogenen ein Ende zu bereiten, die davon sprechen, daß es das letztmal sein solle, daß Deutschland gewählt habe.

Volk, schütze dein Recht! Das ist die Parole, unter der wir kämpfen und siegen! Zusammenstehen in Not und Gefahr! Einer für alle, alle für einen! Freiheit!

Dieser Freiheitstuf wird mit Begeisterung aufgenommen. Künstler spricht kurze Schlusssätze. „Brüder und Schwestern, schwächt den hervorragenden Eindruck unserer Kundgebung nicht durch irgendeine Unelnetigkeit ab. Laßt euch vor allen Dingen durch niemand provozieren.“

Das Leben und die Gesundheit der Berliner Proletarier sind zu wichtig, als daß wir sie leichtfertig aufs Spiel setzen. Sie müssen erhalten werden für den Tag des Kampfes.“

Gemeinsam singen die Hunderttausende den Sozialistenmarsch:

„Auf Sozialisten, schließt die Reihen!
Die Trommel ruft, die Banner weht —
Es gilt die Arbeit zu bestelen,
Es gilt der Freiheit Auserkneht!“

Nazi-Spiegel entlarvt

Vertrauensmann der RGO.

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Hannover, 7. Februar.

Die RGO ist seit langem stark von Nazispiegeln durchsetzt. In Hannover gelang es dieser Tage einen dieser Provokateure zu entlarven.

In der städtischen Lagerbierbrauerei war ein eifriger RGO-Funktionär beschäftigt, der dauernd die radikalsten Phrasen droht und in einer kommunistischen Betriebszeitung forgielt den Betriebsrat und die Verbandsleitung mit erlogenen Gemeinheiten anpöbelte. Als es der Belegschaft zu bunt kam, beschloß sie in einer Betriebsversammlung, nicht mehr mit diesem Kerl zusammenzuarbeiten. Die Direktion schloß sich dem Wunsch ihrer Belegschaft an und erklärte dem Spiegel, daß er nicht weiter beschäftigt werde. Tags darauf

erschieden bei der Betriebsdirektion zwei Beauftragte der RGO, und verlangten die Wiedereinstellung ihres Mitgliedes. Es stellte sich heraus, daß der Damp bereits seit 1 1/2 Jahren Mitglied der RGO war und, wie er selbst zugab, bei der RGO als Spiegel wirkte. Unter dem Druck des Eingeständnisses dieses Spiegels gab schließlich auch die RGO zu, daß der Entlarvte die Schmutzartikel in ihrer Betriebszeitung verfaßt hatte.

Die Klage auf Wiedereinstellung, die der entlassene RGO-Nazi beim Arbeitsgericht anstregte, wurde abgewiesen. Der Vorfall zeigt, wie vorsichtig die Arbeiter gegenüber radikalen Phrasendreschern in den Betrieben sein müssen.

Taten?

Die ersten sechs Schöpfungstage

In sechs Tagen hat der liebe Gott die Welt erschaffen und dann, nachdem er sich überzeugt hatte, daß alles gut war (seiner Ansicht nach), hat er am siebenten Tage ausgeruht. Die Hitler-Gläubigen haben geglaubt, daß ihr neuer Heiland sie in ähnlichem Schweißgugtempo zu Glanz und Wohlstand führen würde. Immerhin wird es lehrreich bleiben festzustellen, was in der ersten Woche nach der Machtergreifung geschehen ist.

Man hat die Posten von Ministern, von Staatssekretären, Ministerialdirektoren usw. verteilt, man hat nicht nur die letzten Republikaner, man hat sogar auch die rechtsstehenden, halbwegs gemäßigten Beamten hinausgeworfen. Aber davon ist außer einigen Beförderten niemand fast geworden.

Man hat den „Vorwärts“ und eine Anzahl weiterer sozialdemokratischer und kommunistischer Blätter verboten. Aber davon ist niemand fast geworden.

Man hat eine früher angemeldete sozialdemokratische Demonstration zugunsten einer späteren nationalsozialistischen verboten, man gestattete der SK und der SE, dauernd, innerhalb der Berliner Bannmeile zu demonstrieren. Aber davon ist niemand fast geworden.

Man hat Hindenburg und Hitler einen Fackelzug dargebracht, man hat in allen Kinos Aufnahmen davon gebracht. Aber davon ist niemand fast geworden.

Man hat die Pressenotverordnung erlassen, die zum Teil noch über die Papensche hinausgeht und die praktisch das Ende der Pressefreiheit bedeutet. Aber davon ist niemand fast geworden.

Es ist neue Unruhe in die Bevölkerung gekommen. Eine große Anzahl Personen sind von Nationalsozialisten und mit ihnen Sympathisierenden ermordet worden, darunter der sozialdemokratische Bürgermeister Kasten. Auch davon ist niemand fast geworden.

Der Reichskanzler Hitler hat eine Rundfunkrede gehalten, in der er die Bevölkerung auf die Zeit in vier Jahren vertröstet hat. Davon ist bestimmt niemand fast geworden.

Man hat die Opfer einer Schießerei in Charlottenburg wie weltgeschichtliche Helden auf Staatskosten in silbernen Särgen im Dom aufgebahrt. Aber davon ist niemand fast geworden.

Dagegen: Wirtschaftliche Taten für die hungernden und arbeitslosen Massen — — nichts!

Warum so wenig gutes Obst?

Fruchtgroßhändler setzen sich zur Wehr

Kürzlich haben bei Kroll am Tiergarten die deutschen Fruchtgroßhändler beisammen; anfänglich eines Verbandstages ihrer Organisation veranstalteten sie eine Kundgebung für ihre Wünsche. Denn seitdem das Autarkiegespenst umgeht, ist ihre Position keine besonders glückliche, es brauchte nur jemand verfügen, daß Deutschlands Grenzen beispielsweise fortan für die Bananeneinfuhr gesperrt werden und schon stigen Teile des Fruchthandels auf dem Trockenen. So wehren sich die Fruchtgroßhändler nach Kräften.

Dabei war es sehr interessant, wie sie den Spiegel einmal umdrehten. Die Fruchtgroßhändler sagten: Warum reiten eigentlich die inländischen Erzeuger fortgesetzt auf die Einfuhr von Obst und Gemüse herum, die inländischen Erzeuger sollten dafür lieber besseres Obst liefern. Damit waren vor allem die Kirschgen gemeint. In einer Entschliebung, die der Verbandstag angenommen hatte, heißt es z. B. darüber: „Da sich auch im abgelaufenen Jahre eine Abnahme der berühmten Kirschgen nicht hat feststellen lassen, sind auch die damit im Zusammenhang stehenden Streitigkeiten über die in den Verkehr gebrachten mit Kirschgenfliegenmaden befallenen deutschen Kirschgen nicht zum Stillstand gekommen. Der Fruchtgroßhandel muß es in Zukunft ablehnen, eine Haftung für derartige Kirschgen zu übernehmen. Haftbar kann bei einer strengen objektiven Beurteilung nur der Produzent selbst sein, der die madenerseuchten

Kirschgen in den Handel bringt. Unter staatlicher Aufsicht muß eine energische Bekämpfung der Kirschfliege in Angriff genommen werden, da der Verbraucher sonst kaum noch Kirschgen kaufen wird.“ Dabei erfuhr man auch, daß der überwiegende Teil des deutschen Obstes von den Chausseen stammt. Für die notwendige Qualitätsverbesserung dieses Chausseeobstes wird aber herzlich wenig getan. Im Gegenteil, sagten die Fruchtgroßhändler. Einmal sind Chausseeobstbäume alt und liefern nur noch minderwertiges Obst, dann haben sie schwer im Frostwinter 1928/29 gelitten, so daß im vorigen Jahr drei Viertel der Apfelernte so minderwertig war, daß sie nur noch als Wirtschaftsobst verkauft werden konnte statt als Wirtschaftsobst. Und drittens läge die Schädlingsbekämpfung auf den Obstchausseen sehr im Argen. So ließ ein Kreisbauamt in Schlesien die Bäume einer Apfelschäufel kurz vor der Ernte mit Kupferjulfatbrühe besprühen, was zur Folge hatte, daß die Brühe durch die kranken Stellen — das sind die Schorfstecke — in das Fruchtfleisch eindringt und die Äpfel für den menschlichen Genuß nicht mehr brauchbar waren. Schließlich landeten diese „angebräunten“ Äpfel auf dem Misthaufen. Sehr richtig, sagten die Händler: eht deutsches Obst, dann soll man aber auch marktfähiges Obst liefern. Lediglich süddeutsches Obst entspreche den heutigen Qualitätsforderungen und das gute Bodenseeobst erziele auch einen guten Preis.

Da aber die Nachfrage nach Obst infolge der Erkenntnis von der Wichtigkeit der Vitamine stetig steigt, müsse man sich eben nach Lieferanten von Qualitätsobst umsehen. So führte Deutschland im Krisenjahr 1930 noch 488 000 Tonnen Obst ein, 1931 waren es 401 000 Tonnen und selbst im schlimmsten Krisenjahr 1932 stieg die Obsteinfuhr sogar auf 455 000 Tonnen, wovon der Hauptteil mit 230 000 Tonnen auf Äpfel fiel. Denn das Schicksal der 1932er Ernte an deutschen Äpfeln war oben angedeutet. Im übrigen — meinten die Händler — ginge durchaus nicht der Kleinhandelsertlös z. B. einer 38-Pfund-Kiste amerikanischer Äpfel im Betrage von 13,30 M. oder einer 40-Kilo-Kiste palästinischer Äpfel im Betrage von 12,50 M. insgesamt ins Ausland. Dorthin gingen vielleicht 20 bis 30 Proz. des Verkaufwertes; Frachten, Zölle, Steuern, Spefen, Böhne und Aufschläge blieben im Inland.

Auf der Kundgebung bei Kroll hielt nach den Begrüßungsworten Bürgermeister Dr. Eilas für die Stadt Berlin u. a. Stadtmedizinalrat Prof. v. Drigalski ein Referat. Bemerkenswert für die Hausfrau war dabei, daß die Vitamine durchaus nicht immer durch Kochen zerstört werden. Es hat sich jetzt vielmehr herausgestellt, daß eine Reihe von Vitaminen leidlich hitzebeständig sei und viele gekochte Gemüse und besonders gekochtes Beerenobst noch ganz gute Vitaminträger sein können.

Patientinnen Behandlungen vorgenommen, die mit Schwangerschaft nichts zu tun gehabt hätten, oder es seien Nachbehandlungen gewesen bei bereits begonnenen Schwangerschaften. Es treffe auch nicht zu, daß er die in Frage kommenden Karten aus seiner Kartothek hinterher zurecht gemacht habe. Wenn sein Name in der Umgegend bekannt gewesen sei, so sei das auf ein von ihm veröffentlichtes Buch zurückzuführen. Bei diesen Behauptungen bleibt der Angeklagte trotz energischen Zuredens des Vorsitzenden.

Die beiden Todesfälle seien durch Bauchfellentzündung verursacht worden. Unter den zahlreichen Sachverständigen befinden sich auch Professor Dr. Reppmann, Professor Müller-Hey und Medizinalrat Dr. Dorenfurth.

Neue Grippewelle

1060 Grippekranken bei der AOK.

Die Hoffnung, daß die Grippeerkrankungen im Abflauen begriffen sind, hat sich leider nicht erfüllt. Nachdem am Montag eine geringe Abnahme der Neuerkrankungen zu verzeichnen war, sind die Neuanmeldungen von Grippefällen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse am gestrigen Dienstag von 936 auf 1060 angestiegen. In den über 50 Schulklassen, die im Laufe des Vormittags wegen gehäufter Grippeerkrankungen auf Anordnung der Kreisärzte geschlossen werden mußten, sind am Nachmittag weitere 11 Klassen hinzugekommen, und zwar handelt es sich dabei um Schulen in den Bezirken Zehlendorf, Dahlem, Cantow und Lichterfelde.

Den Umfang der Grippeerkrankungen zeigen am besten die Krankenziffern der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. Während im Dezember 1932 bei dieser Kasse täglich etwa 40 Krankmeldungen wegen Grippe eingingen, stieg die Zahl dieser Krankmeldungen im Januar 1933 bis zum Einsetzen der strengen Kälte langsam auf 150. Dann setzte aber ein sprunghaftes Ansteigen der Grippefälle ein. Es meldeten sich wegen der Grippe arbeitsunfähig am:

24. 1. 33	150	Verficherte
25. 1. 33	219	„
26. 1. 33	215	„
27. 1. 33	202	„
28. 1. 33	253	„
30. 1. 33	393	„
31. 1. 33	572	„
1. 2. 33	759	„
2. 2. 33	800	„
3. 2. 33	853	„
5. 2. 33	936	„
6. 2. 33	1060	„

Mit der Ausdehnung der Grippe stieg natürlich auch die Gesamtzahl der Arbeitsunfähigen. Während die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin am 2. Januar 1933 17 021 Arbeitsunfähige zu unterfügen hatte, muß sie jetzt 21 464 Kranken die notwendige Hilfe, Krankengeld oder Krankenhauspflege gewähren.

Bilanz der Katastrophe

Acht Tote bei Renault

Paris, 7. Februar.

Die Aufräumarbeiten in der Kraftwagenfabrik Renault sind noch nicht beendet. Die Bilanz der furchtbaren Explosionskatastrophe beziffert sich auf acht Tote und 78 Verletzte, von denen 42 in verschiedenen Pariser Krankenhäusern untergebracht sind. Fünf der Verletzten haben so schwere Brand- und Schnittwunden davongetragen, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt.

Eine ganze Reihe der anderen Verletzten, die meistens Kopfwunden durch das eingestürzte Glasdach erlitten haben, weisen außerdem Brandwunden durch die ausströmenden heißen Dämpfe auf, die aus der Dampfleitung des geplatzten Kessels drangen. Von den acht Toten konnten bisher nur sieben identifiziert werden. Der achte ist bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Geldtasche verloren. Die Genoffin Erna Jonas, Berlin-Pankow, Röhrenstr. 31, hat auf dem Friedhof Pankow-Schönholzer Heide ihr Portemonnaie verloren. Der Finder wird um Rückgabe gebeten.

Mieter und Hausreparaturen

Das Kontrollrecht über die Instandsetzungsarbeiten

August Pattiach, der Vorsitzende des Wohnungs- und Mieterausschusses der Berliner Sozialdemokratie, schreibt dem „Vorwärts“:

Die Mieter haben in der Zeit vom 1. bis 10. Februar wiederum das Recht, sich um die Verwendung desjenigen Anteils der von ihnen gezahlten Miete zu kümmern, der für Instandsetzungsarbeiten bestimmt ist. Bis zum 31. Dezember 1931 waren das 17 Proz. und seit dieser Zeit 16 Proz. der Friedensmiete. Bei den Mietern, welche die Pflicht zur Ausführung der Schönheitsreparaturen übernommen und dafür 4 Proz. ihrer Miete einbehalten haben, sind also 13 und jetzt 12 Proz. für laufende Instandsetzungsarbeiten dem Hausbesitzer gezahlt worden.

Als laufende Instandsetzungsarbeiten sind anzusehen: Reparaturen an Ofen, Herden, Klosettanlagen, Gas-, Wasser-, Kanalisations- und Klingelanlagen, Dienen, Türen, Fenster usw. Der Hausbesitzer ist verpflichtet, diese laufenden Instandsetzungsarbeiten vorzunehmen und darüber der Mietervertretung oder, wo eine solche nicht besteht, den Mietern auf Verlangen die Verwendung dieser Gelder zweimal im Jahre, und zwar in der Zeit vom 1. bis 10. Februar und vom 1. bis 10. August unter Vorlegung der Rechnungen nachzuweisen. Kommt der Vermieter dieser Verpflichtung nicht nach oder ist er mit der Ausführung im Verzuge, so hat auf Antrag des Bezirkswohnungsamt festzustellen, ob laufende Instandsetzungsarbeiten notwendig sind. Die Behörde kann dem Vermieter unter Androhung einer Geldstrafe bis zu 1000 M. eine Frist bestimmen, innerhalb welcher er die Arbeit auszuführen hat; sie kann auch anordnen, daß nach Ablauf einer bestimmten Frist die Mietervertretung oder der Mieter zur Bornahme der Arbeiten berechtigt ist und die Instandsetzungsbeträge bis zur Höhe der von ihm geleisteten Zahlungen einbehalten kann. Nach ihrer Wahl kann die Behörde die Arbeiten auch selbst ausführen lassen und anordnen, daß die Mieter die Instandsetzungsbeträge an die Behörde oder an eine andere Stelle zu entrichten haben.

Angeichts der zahlreichen Beschwerden über die Vernachlässigung der laufenden Instand-

setzungsarbeiten durch viele Vermieter (vielfach auch durch Ausländer-Hausbesitzer)

ist es von großer Wichtigkeit, das Kontrollrecht auszuüben

und nötigenfalls von den im Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Die sachgemäße Verwendung der in der Miete für laufende Instandsetzungsarbeiten enthaltenen Beträge liegt nicht nur im Interesse der Instandhaltung des Wohnraumes, sondern hätte auch eine große Entlastung des Arbeitsmarktes zur Folge. Bei einer jährlichen Friedensmiete von über 5 Milliarden Mark — allein bei den Altmwohnungen —

erhielt der Althausbesitz bis einschließlich 1931 jährlich über 850 Millionen Mark

und ab 1. Februar 1932 jährlich über 800 Millionen Mark an Reparaturbeiträgen für laufende Instandsetzungsarbeiten. Leider hat die Erfahrung gezeigt, daß bisher nur ein geringer Teil dieses Betrags seinem Zweck zugeführt wurde.

Wir empfehlen deshalb den Mietern dringend, von ihren wenigen Rechten Gebrauch zu machen. Bei auftretenden Schwierigkeiten werden die Abteilungsmitgliedsvertreter und die Ausschußmitglieder gern Auskunft geben.

Wieder Paragraph 218 Arzt vor Gericht

Vor dem Landgericht I begann ein auf mehrere Tage berechneter §-218-Monstreprozeß. Angeklagt ist der Facharzt für Sexual- und Frauenleiden Dr. M.; es werden ihm sechs Fälle der Abtreibung zur Last gelegt, darunter zwei mit tödlichem Ausgang. Die Anklage lautet deshalb auch auf fahrlässige Tötung in zwei Fällen. Wenn alles das, was von Dr. M. behauptet wird, richtig sein sollte, so hat man es in diesem Falle mit einem äußerst schlimmen Typus von Abtreibungsarzt zu tun.

Dr. M. betrieb im Zentrum eine äußerst ausgedehnte Praxis. Sein Name ging auch in der Umgebung Berlins von Mund zu Mund. Seine

Tage betrug 200 Mark; den Eingriff nahm er selbst unter Kartose unter Assistenz seiner medizinisch in keiner Weise vorgebildeten Ehefrau vor. Schien es ihm erforderlich, so blieben die jungen Mädchen einige Tage bei ihm; zu diesem Zweck verfügte er über mehrere Betten. Gegen Dr. M. schwebten auf Grund von Anzeigen verschiedentlich Ermittlungen wegen Abtreibung. Die Verfahren verliefen im Sande. Bis sich die Verdachtsmomente gegen ihn derart verdichteten, daß er verhaftet und Anklage erhoben wurde. Seine früheren Patientinnen, die zum Teil bereits wegen Abtreibung abgerurteilt sind, bekräftigen ihn sehr schwer. Hinterher widerriefen sie ihre Aussagen, wie die Anklage behauptet, beeinflusst durch

Für Freiheit, Volk u. Sozialismus!

Die vom Sozialistischen Kulturbund veranstaltete Massenkundgebung, die zum 15. Januar vorgesehen war, findet nunmehr am

Sonntag, dem 19. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr,

im Volksbühnen-Theater statt. Die bereits verkauften Karten behalten ihre Gültigkeit. Karten zum Preise von 30 Pf. sind an folgenden Stellen zu haben: Geschäftsstelle der Volksbühne, Lindenstr. 227; Buchhandlung Dietz, Lindenstr. 2; Bezirksbildungsausschuß der SPD, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen; Geschäftsstelle der „Naturfreunde“, Johannisstr. 15; Arbeiterbank, Wallstraße 65; Verlagsgesellschaft des ADGB, Inselstr. 6a (Sortiment); Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 24/25; Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreibundstr. 5, Volksbühnenbuchhandlung, Köpenicker Straße 68; Konsum-Warenhaus, Oranienplatz; Buchhandlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Rungestr. 30.

Dr. M. Unter den Zeuginnen spielt eine ganz besondere Rolle die frühere Angestellte des Angeklagten E. Sie behauptet, es sei ihr von der Frau des Dr. M. verboten gewesen, sich an den Ofen im Sprechzimmer zu schenken zu machen. Eines Tages fand sie darin halbverbrannte Glieder kleiner Kinder. Der Angeklagte bestrittet entschieden jede Schuld. Entweder habe er bei seinen

ZU HAUS TRINKKUREN BEI GICHT, RHEUMA, GRIPPE, ZUCKER, NIEREN-, BLASEN-LEIDEN

Fachinger!

ARTERIEN-VERKALKUNG, MAGEN-, HARN-LEIDEN - U.S.W. MAN BEFRAGE DEN HAUS-ARZT



Brunnenschriften 87. Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken, Drogerien usw., sowie in Groß-Berlin frei Haus durch die Versandstelle der Staatsquellen Fachingen und Niederselters, Berlin SW11, Schöneberger Straße 16 a, Telefon: (B 2) Lützow 8260-61.

Justiz in Berlin vor 500 Jahren

Diebstahl wurde mit dem Tode bestraft

Eines der kostbarsten literarischen Besitztümer der Stadt Berlin, wenn nicht gar das kostbarste überhaupt, ist jenes uralte aus dem 15. Jahrhundert stammende Buch, das eine Sammlung wichtiger und bedeutender Rechtsurkunden enthält. Besonders interessant in diesem Werk, weil es die mittelalterliche Rechtspflege in größter Lebensbreite vor uns hinstellt, ist das vierte Buch, das von den sogenannten Uebertretungen handelt. Es sind ganz kurze Niederschriften von Strafurteilen nebst Begründungen, die uns bemerkenswerte Einblicke in das öffentliche und private Leben jener Zeit vermitteln. Eine erschreckend große Anzahl dieser Urteile sind Todesurteile.

Todesstrafe für Frauen

In den lateinischen Texten kommen immer wieder diese fünf Urteilsbezeichnungen vor: decollatus (enthaupet), suspensus (gehängt), crematus (verbrannt), vivus sepultus (lebendig begraben) und rotatus (aufs Rad geflochten). Die Todesstrafe durch Hängen wurde im Anfang des 15. Jahrhunderts, aus dem diese aufgezeichneten Urteile stammen, am häufigsten vollzogen. Sehr selten hingegen kam die Todesstrafe durch Rädern zum Vollzug. Die schaurige Strafe des Lebendig-Begrabens wurde nahezu ausschließlich an Frauen vollzogen. Und was hatten nun diese Armen für schandbare Verbrechen verübt, die so furchtbar bestraft wurden? Die eine hatte einen Diebstahl in einer Kirche begangen, die andere hatte Kleider, eine dritte einem Bauern in Lichtenberg Speck und verschiedene Gegenstände gestohlen, eine vierte hatte Hausfriedensbruch begangen. Und

wegen dieser „Verbrechen“ mußten die Frauen ihr Leben lassen.

Alle gegen das Eigentum sich richtenden Vergehen wurden nämlich auf das grausamste bestraft. Ein Handwerksgehilfe wurde gehängt, weil er ein Stück Tuch gestohlen hatte; Pferdediebstähle wurden nach der Chronik ausschließlich mit dem Tod durch Hängen bestraft. Auch der Schulze von Marienselde mußte mit der Krawatte aus Hans Bekannschaft machen, weil er eines Diebstahls überführt worden war. Hätte es damals EM. gegeben, so wäre kein einziger wegen der von ihnen begangenen Schandtat, die heute das Entsetzen des kultivierten Volkes erregen und oft mit ein paar Monaten Gefängnis geahndet werden, mit dem Leben davon gekommen. Ein Berliner Stadtknecht z. B. wurde nur wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung enthaupet, ein anderer Mann wurde enthaupet, weil er den Rat der Stadt Berlin beleidigt und bedroht hatte. Ein dritter wurde mit dem Rad hingerichtet, weil er mit Brandstiftung gedroht hatte. Eine Frau wurde wegen Kuppelerei verbrannt und ein Junge gehängt, weil er eine Tonne Herige gestohlen hatte, ein Ehepaar wurde wegen Meineides gehängt.

Der Komtur von Tempelhof

Sehr merkwürdig berührt die Schilderung eines Kuppelvergehens, in dem auch der damalige Johanniter Komtur von Tempelhof, also zweifellos ein sehr vornehmer und frommer Mann, eine eigentümliche Rolle gespielt hat. Ein Bürger namens Jesman und seine Ehefrau wollten dem Komtur ihre Tochter, ein Kind, verkuppeln, weil sie gehört hatten, daß er das Kind gut kleiden und wohl aufnehmen und sie selber mit

Reichtum überhäufen würde. Also machten sie sich eines Tages auf, um dem Johanniter das Kind zuzuführen. Am Tempelhofer Berg aber wurde das Ehepaar festgenommen und bald darauf mit einer Helfershelferin verbrannt. Zu Ehren des Johanniters wollen wir annehmen, daß er sich des auf diese Weise der Eltern beraubten Kindes in christlicher Nächstenliebe angenommen hat. Die Historie vermeldet indessen nur den Tod der Eltern.

Man könnte vielleicht alle diese Dinge auf sich beruhen lassen, wenn sie nicht für die heutige und die kommenden Generationen eine sehr eindringliche und deshalb wohl zu beachtende Sprache sprächen. Mit aller Deutlichkeit geht aus diesen Urteilen, die vor rund 500 Jahren gesprochen wurden, hervor, welchen aufwärts und vorwärts führenden Weg zwischen Kultur und Zivilisation gegangen sind. Niemand wird heute wegen eines Diebstahls enthaupet, niemand wird wegen eines Hausfriedensbruches oder wegen eines Meineides gehängt. Auf den Gedanken, eine Frau lebendig begraben zu lassen, weil sie ein Kleid gestohlen hat, kommt nicht einmal der finsternste Reaktionsär. Damals aber erfolgten derartige Urteile aus geltendem Recht, und wer gegen sie etwa mit Gründen der Menschlichkeit Sturm lief, war ein schlimmer Revolutionär, dem wohl selber der Strick und das Beil blühten. Und so werden die Forderungen der sozialistischen Republikaner von heute nach Milderung und Vermenschlichung der gesamten Strafrechtsplege und Abschaffung der Todesstrafe nach einigen Jahrzehnten ebenso selbstverständlich durchgeführt sein, wie sie heute noch von den ewig nach rückwärts Gewandten als Forderungen, die aus „weiblicher Humanitätsbesessenheit“ entspringen, abgelehnt werden. Der Marsch des Fortschrittes, der Kultur und der Freiheit ist durch keine Hakenkreuzdrahterbaue aufzuhalten.

Meineid aus Liebe

Die Briefe bringen's an den Tag

Vor dem Schwurgericht II hatte sich der 50jährige Chauffeur Gustav G. wegen Anstiftung zum Meineid zu verantworten. Mit ihm angeklagt waren wegen Meineids die 30jährige Arbeiterin B. und der 23jährige Bäcker S.

Der Chauffeur hatte die Arbeiterin B. in der Reichsdruckerei, in der beide beschäftigt waren, kennengelernt und mit ihr Beziehungen angeknüpft. Gleichzeitig hatte er eine Ehescheidungsfrage gegen seine Frau eingereicht. In erster Instanz war seine Ehe aus beiderseitigem Verschulden der Eheleute geschieden worden. Gegen dieses Urteil hatte jedoch die Frau Berufung eingelegt.

Vor dem Kammergericht machte sie geltend, daß ihr Mann allein schuldig sei, da er mit der Arbeiterin B. Ehebruch getrieben habe. Die Arbeiterin wurde daraufhin vom Kammergericht als Zeugin vernommen. Unter ihrem Eide bestritt sie jede Beziehung zu dem Chauffeur und behauptete sogar, mit dessen Neffen, dem Bäcker S., verlobt zu sein, was dieser bei seiner eidlichen Zeugenvernehmung auch bestätigte. Dem Kammergericht erschienen die beiden Zeugen trotz der übereinstimmenden Aussagen nicht glaubwürdig, und G.'s Ehe wurde wegen seines alleinigen Verschuldens geschieden.

Gleich nach der Scheidung zog der Chauffeur mit seiner Freundin B. zusammen, verließ sie jedoch nach kurzer Zeit wieder. Aus Rache und

Wut bezichtigte sich nun die B. vor den Behörden des Meineids. Inzwischen war auch von G.'s Frau eine Meineidsanzeige erstattet worden. Die Angeklagte B. legte dem Schwurgericht Briefe vor, aus denen hervorging, daß der Chauffeur sie aufgefordert habe, die ihn entlassende Aussage zu machen. Erläuternd fügte sie hinzu, daß sie aus Liebe zu dem Chauffeur auf seine Bitten eingegangen sei und daß sie daher aus diesem Grunde falsch geschworen habe. Auch der Bäcker S. gestand seine Beteiligung an dem Komplott ein. Nur der Chauffeur stritt alles ab, bis ihm seine eigenen Briefe vorgelegt wurden und bis er am Schluß der Hauptverhandlung zugab, seine Freundin und seinen Neffen einmal zum Kaffee eingeladen zu haben und mit ihnen dabei ihre Zeugenaussagen in seinem Scheidungsprozeß besprochen habe.

Das Schwurgericht II verurteilte den Chauffeur G. wegen Anstiftung zum Meineid zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Der Bäcker S. wurde wegen Meineids zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, jedoch wurde ihm für die Hälfte der Strafe Bewährungsfrist zugesagt, und außerdem wurde der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben. Die Angeklagte B., die bei richtiger Aussage sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigt hätte, wurde nach dem Strafmilderungsparagraphen 157 wegen Meineids zu 10 Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist verurteilt.

sich zur Nachbehandlung. Anfangs hielt sie die vorgeschriebenen Besuche ein, dann blieb sie aus. Sie erhielt keine Unterstützung und mußte doch von etwas leben. Also übte sie wieder ihr Gewerbe aus. Eines Tages war sie mit einem Kellner zusammen. Eine Woche später ließ er sie feststellen: sie habe ihn mit der Krankheit infiziert. Sie wurde untersucht, der Krankheitsprozeß war akut.

Jetzt, ein halbes Jahr später, hatte sie sich vor dem Schöffengericht zu verantworten: obgleich sie gewußt hatte, daß sie krank war, hatte sie in Ausübung ihres Gewerbes einen Mann mit ihrer Krankheit infiziert. „Sie wußten doch, daß Sie krank sind, weshalb haben Sie sich nicht zu Ende behandeln lassen?“ fragte der Vorsitzende. „Ich mußte doch essen,“ kam es kurz und schlicht aus dem Munde des Mädchens. Der Staatsanwalt meinte, die Strafe müsse hoch sein. Es gehe nicht an, daß man in dieser Zeit zu der Not noch die Krankheit hinzugefelle. Strafmildernd mag ins Gewicht fallen, daß sich die Anklägerin in einer gewissen Notlage gefunden habe. Eine Geldstrafe komme nicht in Betracht, denn der Staat könne doch nicht Geld nehmen, das auf diese Weise verdient werde. Das Gericht verurteilte die Ange-

klagte zu 1 Monat Gefängnis. Eine Bewährungsfrist, für die auch der Staatsanwalt plädiert hatte, wurde von den noch anzustellenden Ermittlungen abhängig gemacht. Auf dem Korridor meinte das Mädchen und als man sie tröstete, sie würde ihre Strafe doch nicht abzusitzen brauchen, erzählte sie ihre traurige Geschichte. Es war keine „Diene“, mit der man hier sprach. Morgen könnte sie Arbeiterin sein, wenn sie Arbeit bekäme.

24 000 Mark Defizit

Die Unterschlagungen bei der Heidekrautbahn

Wegen fortgesetzter Unterschlagung wurde der frühere Eisenbahnsekretär Hoppe vom Schöffengericht Wedding zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Antrag auf Strafaussetzung wurde abgelehnt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr vier Monate Gefängnis beantragt.

Der Angeklagte verwaltete die Hauptkasse auf dem Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal der Niederbarnimer Privatbahn, der sogenannten „Heidekrautbahn“. Während seines Urlaubs wurde festgestellt, daß in der Zeit von 1926 bis 1930 ein Fehlbetrag von 24 000 M. entstanden war. Wie die Sachverständigen feststellten, fehlten bereits am 1. Januar 1927 10 000 M. und im Laufe der Zeit ist dieser Fehlbetrag immer mehr angewachsen. Der Angeklagte hat nach den Gutachten von den Schöffen, die verschiedene Firmen für Gütertransporte eingezahlt hatten, niedrigere Beträge verbucht, er gab jedoch zu, die Unterschlagung von 3000 M. begangen zu haben und behauptete, daß die anderen Fehlbeträge in Wirklichkeit nicht vorhanden seien, sondern daß die Summen nur versehentlich auf andere Konten eingetragen sein müßten. Das Gericht kam aber zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte die ganze fehlende Summe unterschlagen habe.

Haussuchung bei der IAH.

Von der Politischen Polizei wurde gestern eine Haussuchung in den Büros des Zentralkomitees der „Internationalen Arbeiterhilfe“ in der Wilhelmstraße 48 vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch, wie wir erfahren, der Zeichner Bitiner festgenommen, der sich zufällig im Hause befand. Bitiner hatte vor einiger Zeit vom Polizeipräsidenten die Mitteilung erhalten, daß er ausgewiesen werden solle, wogegen er jedoch Beschwerde erhoben hatte. Gegen Abend wurde der Festgenommene dann wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zu blutigen Auseinandersetzungen kam es gestern nachmittag gegen 1/2 Uhr in der Neuenfelder Straße in Spandau, wo sich eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und kommunistischen Zeitungsverteilern entwickelt hatte. Die

politischen Gegner gingen mit Häuten und Messern auseinander los, so daß die herbeieilende Polizei fünf Verletzte ins Spandauer Krankenhaus bringen mußte, und zwar drei Nationalsozialisten und zwei Kommunisten, die alle Hieb- und Stichverletzungen davongetragen hatten. Sieben Angehörige der RSDAP, die nach Zeugenaussagen an dem Überfall auf die beiden Zeitverteilern der RPD. beteiligt gewesen sein sollen, wurden der Politischen Partei zugeführt.

In wenig Worten

Unter dem dringenden Verdacht gemeinschaftlich ausgeführter Betrügereien wurden in Hamburg vier Kaufleute, die Gebrüder Siffle, festgenommen, die eine Genossenschaft Immobilien-, Kredit- und Entschuldigungskasse gegründet hatten. Darlehenssuchende Personen mußten als Genossen Sparbeiträge einschießen. Es wurden ihnen zinslose Darlehen zugesichert. Nach den kriminalpolizeilichen Feststellungen sind aber diese angeblichen Sparbeiträge zum größten Teil als Verwaltungskosten abgeschrieben und von den Festgenommenen ver-raucht worden. Dieser Verbrauch erreichte seit März 1932 einen Betrag von rund 100 000 M. Es dürften etwa 1470 Genossen geschädigt sein.

Am Montagabend ging südlich des ersten Bahntunnels der Krenlinie ein durch die Witterungsverhältnisse gelöster Felssturz nieder, durchschlag die Betonstuhlmauer und überschüttete die Krenstraße und Bahnlinie. Mit Hilfe des Dampfschiffverkehrs mußte ein Umlade- und Umsteigedienst zwischen Brunnen und Filialen eingerichtet werden.

Das Magdeburger Schwurgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Kätner Andreas Buh aus Klein-Bermersleben, der am 8. November vorigen Jahres den Mitbürger Friedrich Herbst in Klein-Bermersleben erschlagen hat, wegen Totschlages entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts zu 12 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Die Bemühungen der Eisbrecher auf der Oberelbe bei Hamburg haben zu dem Erfolg geführt, daß man glaubt, die Schifffahrt im Laufe der nächsten Woche wieder voll aufnehmen zu können. Auf der Unterelbe wird am Mittwoch der fahrplanmäßige Verkehr der Blankenese-Altländerlinie wieder aufgenommen.

An Bord des zurzeit in Barcelona liegenden 10 000 Tonnen großen Japag-Dampfers „Lüneburg“ brach infolge Selbstentzündung der Lute- und Kopaladung Feuer aus. Der Brand konnte gelöscht werden; der Materialschaden ist sehr beträchtlich.

Das für 7 Personen bestimmte neuerbaute sowjetrussische Postagierflugzeug „Chal I“ erreichte bei einem Probeflug 290 Kilometer Stunden-Geschwindigkeit.

Winterhilfe nicht vergessen!

Sammlungen gehen weiter

Die Sammlungen der Berliner Winterhilfe nehmen ihren Fortgang. Für die Pfundsammlung in den einzelnen Bezirken, die sich in diesem Jahre besonders ertragreich gestaltet hat, werden immer noch ehrenamtliche Helfer von den Bezirkswinterhilfen gesucht. Dringend erwünscht sind auch weiterhin Spenden von Kleidern, Schuhen, Wäsche, wollenen Decken usw.

Betrunken am Steuer

1 1/2 Jahre Gefängnis

Zu einem ungewöhnlich strengen Urteil entschloß sich die Verkehrsstrafkammer des Landgerichts I gegenüber dem Autohändler Kurt Galtow, der in angetrunkenem Zustand mit seinem Kraftwagen vor einiger Zeit in der Treptowallee in ein anderes Auto hineingefahren war, so daß mehrere Personen bei diesem Zusammenstoß verletzt wurden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten in Anbetracht der erhöhten Tatsache, daß sich der Angeklagte in betrunkenem Zustand an das Steuer gesetzt hätte, zu der in solchen Fällen noch nicht verhängten Strafe von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis wegen jahrlängiger Körperverletzung. Der Angeklagte wurde nach Verkündung des Urteils im Gerichtssaal verhaftet, da wegen der Höhe der Strafe Fluchtgefahr besteht.

Die Fernsprech-Vermittlungsstellen Kurfürst und Lüchow in Berlin W. 35, Abenerstr. 7-10, werden am Sonntag, dem 19. Februar, um 8 Uhr vormittags auf den Selbstanschlußbetrieb umgestellt. Die neuen Vermittlungsstellen, die zum Fernsprechamt Südwest in Berlin W. 30, Geisbergstraße 7-9, gehören, behalten ihre bisherigen Rufzeichen (Kurfürst — B 1, Lüchow — B 2).

Günther Birkenfeld / Berliner Skizzen

Eine Frau, ein Blinder und ein Hund

Der Kriegsblinde im verwitterten selbstgegründeten Rastort und mit dem schwarzen Strohholzstock vor der Brust wartet geduldig am Rande des Bürgersteiges auf eine ruhige Minute, in der er den Fahrdamm überqueren kann. Doch von links kommen immer wieder Wagen und Fußgänger heran. Die Wollschürze wird unsicher — der Blinde verspürt es am Erschauern des Lederbügels, den er in der linken Hand hält. Er bückt sich und beruhigt das Tier lobend hinter dem Ohr. In dem er sich wieder aufrichtet, fühlt er sich am Arm erfasst und hört eine Frauenstimme sagen: „Kommen Sie, es geht grade.“

Der Blinde riecht ein billiges Parfüm und denkt, daß es ein Mädchen von der Straße sein wird, das ihn da über den Damm führt. Aber ihre Stimme klingt sorg und müde.

Daneben des Fahrdammes gibt die Frau den Arm des Mannes frei, streift das silbergraue Fell der Hündin und fragt von unten auf: „Wie heißt sie denn?“ Sie hieß Senta, antwortet der Blinde und beginnt, indem die Frau leise diesen Namen wiederholt, von der Klugheit und Treue seines steten Begleiters zu erzählen. Die Frau horcht auf, blickt fragend und suchend in das hagere tote Gesicht und zeigt immer größere Unruhe, je länger sie dieser heiseren und schwerfälligen Stimme lauscht. Sie verengt die Lider, um sich vorzustellen, wie dieses erschöpfene Gesicht mit lebendigen Augen und ohne die blaue Brille sein müßte. Zulezt schüttelt sie den Kopf und beugt sich wieder über Sentas silbergraues Fell. Eifriger Fieberwurm graupelt auf ihre braune Tuchmütze und auf den dünnen schwarzen Mantel, unter dem sich hart die Schultern abzeichnen. Regenschirme mit Menschen darunter, die stief vor sich hinstellen, umgeben die kleine Gruppe. Von einem bestimmten Gedanken gepenigt, sieht die Frau reglos über die Hündin hin und fragt dann: „Wie heißt sie eigentlich grade Senta?“

Die Schmerzvoll zusammengesetzten Brauen des Blinden wölben und weiten sich und in den Höhlungen der Wangen scheint ein Licht zu spielen, das von innen her durch die Haut wirken muß. „Senta? So hieß meine Mutter. Dabei in Posenwald“, sagt er geheselt. „Vor zwölf Jahren habe ich sie begraben. Und zehn Jahre bin ich nun schon hier.“

Die Frau steht wie erstarrt, mit gespaltenem Munde und mit einem Blick, der in Entsetzen geronnen ist. Unwillkürlich weicht sie zurück, Schritt um Schritt. Es scheint, daß sie sich vom Strom der Passanten willenlos fortgeschwemmen lassen möchte wie ein Treibgut vom quirlenden Gefälle eines Flusses. Doch es ist da etwas, das sie bannet und nicht losläßt: Sentas goldbraune Augen, die aus schräg gestelltem Kopfe still und stetig in die ihren blicken. Und die Frau glaubt, alles in diesem Blick zu erkennen: Bestürzung und Trauer und stehende Bitte, stumme Frage und eine wachsende Verachtung. Und jetzt beginnt auch der Blinde wieder zu sprechen. Er hat also nicht wahrgenommen, daß die Frau von ihm gewichen ist. Er erzählt davon, wie gut er sich in der ersten Zeit mit dem Streichhölzern und Schnurfenseln hätte durchhelfen können und wie schwer und schlimm es jetzt geworden sei.

„Ja ja“, erwidert die Frau nur tonlos und nicht. Dann meint sie matt: „Aber es ist hier ein solches Gedränge. Und das garliche Gegeupel! Wollen wir eine Tasse Kaffee zusammen trinken? Ich bezahl's auch.“

„Gemaht!“ ruft der Blinde freudig und ermuntert Senta, die sich forsch in den Bügel spannt und die mitunter, heiler die Rute werfend, zurückblickt, emporsieht zu der Frau, die wieder den Arm des Mannes ergriffen hat.

„Rein, nein, brauchst keine Angst zu haben! Ich laufe nun nicht mehr fort!“ verspricht die Frau mit einem schwachen Lächeln stumm in die goldbraunen Augen der Hündin hinein. „Ihre Hand bibbert ja so.“ Sie frieren wohl mächtig?“ fragt der Blinde bedauernd. „Ja, ich friere immer gleich so.“ antwortet die Frau.

In der morgendlich leeren Dultstraße laßt Senta sich schräg vor den beiden hin und folgt wachsam jeder Bewegung der Frau, wie sie zum Kellner gewandt Kaffee bestellt, wie sie leise, vergeblich nach Worten suchend, an ihrer Stricktafel nestelt und zapft. Manchmal scheint es so, als ob sie sich kraftlos an die Brust des blinden Mannes gleiten lassen möchte, dann wieder forrt sie wie hilflos suchend auf die Glastür. Sie ist ganz blaß geworden — der Ruder klebt wie roter mehliger Saub auf der heikernen Haut. Endlich meint sie aufschauend: „Also zwölf Jahre sind Sie schon allein? Und nur die Hündin ist da?“ — „hm, ja.“ brummt der Mann und legt die Kaffeetasse ab. „Und... es war sonst gar niemand da, der sich um Sie hätte kümmern können?“

„Nein, niemand. — Na ja, früher war ja mal jemand da, der es gut hätte tun können.“ Die Stimme des Blinden ward von Bitterkeit immer enger: „Aber Schwamm drüber. Will davon nichts mehr wissen. Auf die Menschen ist kein Verlaß. Und auf die Weiber schon gar nicht. Soweit kann ich Ihnen nur sagen. — Nichts für ungut. Sie scheinen ja das Herz auf dem rechten Fleck zu haben. — Aber sonst? Nur so eine Mutter, die bleibt einem treu. Was, Senta?“

Die Frau reißt an ihren Fingern, nagt das aufgeschminkte Rot von den Lippen und blickt wieder so auf die Glastür, als ob sie auf und davonlaufen wollte. Aber da sitzt der Hund, ein aufmerksamer, starker, unerblittlicher Wächter. Sie senkt den Kopf und fragt stockend: „Berheiratet waren Sie also nicht? Oder...?“

„Nein, aber verprochen sozusagen“, preßt der Blinde durch die Lippen und trinkt mit hastigen Schlucken. Sein Gesicht wird von febriger Röte gefleckt. „Ihre hieß die Kanaille. Ihre Bauer, jawoll. Das war während des Krieges. Zuerst schrieb sie mir noch und schickte Liebesgaben. Zulezt zu Weihnachten sechzehn. Fußlappen waren in dem Paket und Zigarren und eine Flasche Kognak. Das weiß ich noch ganz genau. Dann hörte ich nichts mehr. Und dann ging ich verschütt. Granatsplitter in den Schädel. Erst am nächsten Tage fanden sie mich. Zehn Monate und mehr hab ich in Lazaretten herumgelegen. Man hatte mich aufgegeben. Dann kam ich aber doch durch, nur die Augen waren nicht zu retten gewesen. Und damit hatten sie wohl nicht gerechnet, daß ich noch mal ins Leben zurückkehren würde — am wenigsten wohl die Mse. Denn wie ich endlich heimkam nach Posenwald, da war sie getirmt. Mit Rothes Franz. Den soll sie dann ja auch geheiratet haben.“

Die Frau wird gewürgt von ersticktem Schluchzen. Jeden Augenblick droht sie in sich zusammenzubrechen. Der Hund bohrt seine spitze Wollschmütze immer hartnäckiger in das Antlitz der Wimmernden und schlägt mit der Rute unruhig auf die ausgetretenen Dielen.

„Tja ja“, lacht der Blinde so schneidend auf, als wüßte er mit einem Messer gegen sich. „Meine gute Mutter verlor ja alles, mich zu trösten. Aber da war nichts zu trösten. Sie hat wohl wirklich nicht mehr geglaubt, daß du noch wiederkommen könntest, sagte Mutter immer. Und du müßt das auch mal von ihr aus betrachten, meine Mutter. Sie war doch jung und recht hübsch, die Mse. Und der Franz hat ihr wohl Tag und Nacht keine Ruhe mehr gelassen.“

Die Frau nickt so mechanisch wie eine Gliederpuppe, preßt die Hände auf dem Herzen übereinander und starrt, aus einem gänzlich entstellten Gesicht, so auf den Mann wie ein reumütiger Verbrecher, der endlich sein Geständnis ablegt, auf seinen Richter. Mit gewalttätiger Beherrschung

fragt sie: „Und Sie haben nicht gehofft, die Mse hier in Berlin einmal zu treffen?“

Der Körper des Blinden fährt empor, seine Züge verzerrten sich. „Nein, und dreimal nein!“ brüllt er unvermittelt, schlägt dazu mit den Fäusten auf den Tisch, springt auf — der Stuhl kracht hinter ihm zu Boden — schleudert die Arme und schreit, aus einem erschreckend weißen Gesicht, durch die leere Dultstraße: „Aber verflucht hab ich sie, Tag für Tag verflucht hab ich sie! Dieses Sauftüdel! Zuschanden soll sie geh'n, in Dreck und Elend verkommen soll sie! Dieses Sauftüdel!“

Die Hündin ist gleichzeitig mit ihrem Herrn aufgesprungen und kläfft, drohend vorgepannt, mit jörnigem Gebell die Frau an, die, ganz in sich gebückt, die Hände gegen die Ohren preßt und wimmert und stammelt.

Der Wirt eilt herzu, stellt den Stuhl auf und drückt den atemlos keuchenden Mann auf den Sitz nieder. Der Blinde röchelt, lallt Unverständliches, läßt dabei den Kopf kraftlos baumeln und beginnt dann zu weinen, trampfig und lautlos.

Die Frau tastet durch sein dünnes Haar und über die dicken Rorben. Mit der anderen Hand streift sie am Arm des Mannes auf und nieder. Ihre Tränen versiegen, die Augen gewinnen langsam wieder Glanz und die Züge lösen sich völlig in Mütterlichkeit. Und so auch spricht sie — wie eine Mutter, die ihrem Kinde etwas zum Einschlafen erzählt: „Sicherlich ist die Frau sehr gestraft worden, die Ihnen so Schlimmes antat. Solch ein Verbrechen an einem Menschen, der immer nur lieb und treu war, bleibt nicht ungerächt. Ganz gewiß nicht. Denken Sie nur mal: vielleicht ist ihr Mann gestorben, vielleicht ist er auch arbeitslos geworden oder ein Trinker möglich auch, daß er sie mißsamt ihren Kindern hat sitzen lassen. Nicht wahr? Wie soll sie die nun großfüttern und zu anständigen Menschen machen? Zuerst wird sie vielleicht noch diese und jene Arbeit gefunden haben. Aber Sie wissen ja selbst, wie es heute damit ist. Da hat sie zulezt vielleicht sogar auf die Straße gehen müssen, nicht? Eine Mutter ist ja zu vielem fähig, wenn sie ihre Kleinen hungern und verkommen sieht. Nun stellen Sie sich das mal richtig vor: daß die Mse sich verkaufen muß um des täglichen Brotes willen. Und jung ist sie auch nicht mehr und etwas auch noch krank. Da wäre sie doch wohl hart genug gestraft, damit könnten

Sie sich nun wohl zufriedengeben und brauchen ihr nicht länger zu suchen, was?“

Der Blinde nickt und nickt und fragt verlegen auf der Tischplatte herum. Dann bohrt er sein Gesicht in die Richtung, daher jene sanfte und so gewisse Stimme kam und fragt, woher die Frau denn das alles wisse und ob sie etwa die Mse kenne. „Aber nicht doch!“, bestreitet die Frau und zeigt zum ersten Male den Anflug eines schelmischen Lächelns. „Rein, sie hätte sich nur ausgemalt, auf welche Weise etwa die Mse vom Schicksal oder vom Herrgott, wie man nun wolle, gezüchtigt worden sei. Denn daran, daß sie gezüchtigt worden sei, wäre doch wohl nicht mehr zu zweifeln, wie?“

„Rein, das haben Sie mir so glaubhaft gemacht, daran kann wohl kein Zweifel mehr sein“, gibt der Blinde zu, und fährt noch einer Weile fort: „Rein, nein. Mag sie nun auch ihre Ruhe haben, die Mse. Ich will sie nicht länger mit meinem Fluch verfolgen. Sie wird schwer genug gebüßt haben. Der Franz war kein Guter. Schön und verführerisch, aber ein Rohling. Die Hölle wird sie bei ihm gehabt haben. — Ja, wenn ich's so richtig überlege, dann glaub ich beinahe, daß ich gar nicht so loben würde, wie ich's immer vorhatte, wenn ich die Mse jetzt mal treffen läte. Reu, ich würde mich wohl sogar ein bißchen freuen. Schließlich haben wir uns doch damals all die Jahre so gern gehabt und haben schon dieselbe Schulbank zusammen gedrückt und manchen dummen Streich mitammen ausgeführt. Und vielleicht hatte meine gute Mutter doch Recht, wenn sie ihr immer so das Wort redete. Rein Gott ja, sie war eben jung und hübsch, die Mse. Da wollte sie eben auch was haben von ihrer Jugend, nicht? Und der Franz wußte, wie man die Mädchen nehmen muß. — Na, und wenn sie nun auch genau gewußt hätte, daß ich mit dem Leben davonkomme, na, was für einen Kerl hätte sie denn dann getroffen? Blind, mit kaputten Kernen und zu keiner Arbeit mehr fähig. Sehn Sie mal, das hab ich mir bis heute noch gar nicht so richtig klargemacht. Das war doch eigentlich 'ne Gemeinheit von mir, daß ich solch einem Mädel wie der Mse noch die Ehe mit solch einem Dreck, wie ich bin, zugemutet habe, nicht? — Na, nu ist's ja zu allem zu spät.“

Die Frau weicht den Tränen nicht mehr. Im stetigen, glitzernden Strom rinnen sie über ihr Gesicht. Sie erfaßt des Mannes Hände, lehnt ihre Stirn in seine Schulter und flüstert im Ton einer längst verschollenen Zeit: „Karl! Du!... Zu gar nichts ist es zu spät!“ Und Senta streift knurrend und scheeläugig um das Paar herum, das sich so still umschlungen hält. Sie ist eiferfüchtig.

Die Stimme der Welt

Gang durch die Lautbibliothek / Von Richard Junge

Die Lautbibliothek.

In dem mächtigen Gebäude unter den Linden, das die Preussische Staatsbibliothek beherbergt, befindet sich in einem Seitenflügel, nicht mehr als ein paar bescheidene, fast unansehnliche Räume umfassend, eine in der Welt einzig dastehende Einrichtung: die Lautabteilung, die früher der Preussischen Staatsbibliothek angegeschlossen war und seit geraumer Zeit als selbstständiges Institut existiert. Die Unterbringung der Lautabteilung innerhalb der Staatsbibliothek entspringt nicht irgendeinem Zufall, sondern der Tatsache, daß man es hier ebenfalls mit einer Bibliothek, wenn auch besonderer Art, zu tun hat. Die Lautabteilung stellt gewissermaßen eine sprechende Bibliothek dar, die heute bereits einen Bestand von über 9000 Kupferplatten in ihrem Archiv nachweisen kann. Allerdings kann man diese Bibliothek nicht in der Weise benutzen, wie es nebenan im Lesesaal der Staatsbibliothek geschieht, indem man sich den gewünschten Band geben läßt und nun in gemächlicher Ruhe studiert. In der sprechenden Bibliothek liest man nicht, sondern man hört.

Kleine Ursachen —

Als der Schöpfer und Leiter der Lautabteilung, Professor Wilhelm Doegen, als junger Student in Oxford die Unzulänglichkeit der Lautschrift bei seinen Sprachstudien immer wieder empfand und darüber grübelte, wie diese tote Lautschrift zum Leben erweckt werden könne, dachte er gewiß nicht im geringsten daran, in welcher Weise sich diese Ideen weiter entwickeln würden. Er beschäftigte sich intensiv mit der Sprachapparatechnik, stellte selbst eine Membrane her, und unbeeinträchtigt durch die Zurückhaltung der Fachkreise und sogar Ablehnung seiner Versuche fuhr er fort, den damals noch verhältnismäßig wenig entwickelten Phonographen und die Schallplatte für die Sprachwissenschaft und für den Sprachunterricht auszuwerten. 1912 konnte Doegen seinen ersten größeren Erfolg in der Öffentlichkeit buchen: der Doegen-Phonograph wird auf der Weltausstellung in Brüssel gezeigt. Doegen selbst hält dort Vorträge und gibt Sprachunterricht unter Zuhilfenahme seines Apparates.

Die größte Entwicklung im Aufbau der eigentlichen Lautbibliothek geht nun im Kriege vor sich. Man muß es geradezu als paradox bezeichnen, daß ein Werk, das berufen scheint, der Völkerverständigung zu dienen, in einer Zeit ungeheurer Völkermordens seinen größten Auftrieb erhält. Aber gerade die große Zahl der Kriegsgefangenen, die sich während des Krieges in Deutschland befanden, und unter denen fast alle Völker der Erde vertreten waren — Doegen erzählt, daß allein 87 verschiedene Regimenter darunter gewesen sind —, gaben eine nie wiederkehrende Gelegenheit, Aufnahmen von Sprache, Gesang und Musik aller dieser Völkergemeinden zu machen. Diesem Umfang ist es schließlich zu verdanken, daß sich das Lautarchiv im Besitz einer einzigartigen Sammlung von Schallplatten befindet, in der Sprache und Musik von etwa 250 Völkern enthalten ist. Da hört man englische Soldaten ihr „It's a long way to Tipperary“ singen, eine Regentrommel aus dem Innern Afrikas läßt ihre Signale ertönen, ein jiddisches Sabbatlied klingt auf. Außer den europäischen Sprachen mit vielen Dialekten — eine ganze Anzahl deutsche Dialekte, romanische und besonders viel englische Mundarten — findet man unter anderem im Katalog verzeichnet: acht indische Dialekte, fünf Himalajasprachen, Semitisch, Hamitisch, auf dem Bantugebiet die Alvera Trommelsprache und verschiedene Komorendialekte, 23 Sudansprachen und noch sechs unbestimmte Sudansprachen außerdem. Auch die Stoungindianer und die Zigeuner sind vertreten.

Schon an diesen Beispielen sieht man, wie ungeheuer wichtig die Arbeit ist, die hier in der Lautabteilung geleistet wird. Das Archiv ist eine Fundgrube für den Sprachwissenschaftler, und die Schallplatten sind nicht nur bedeutungsvoll in Hinblick auf den Sprachunterricht, sondern vor allem für die Sprachforschung und vergleichende Sprachwissenschaft. Denn es sind Aufnahmen darunter, die von aussterbenden Stämmen herrühren, deren Sprache in nicht allzulanger Zeit nur noch auf der Platte zu hören sein wird, oder es sind Sprachen, die noch wenig erforscht sind, etwa die der Völker, deren Sprache zu den ältesten Europas gehört.

„Sie sehen und hören —“

Interessant ist, daß man sich bei der Aufnahme nicht allein auf die Sprache beschränkt, sondern die Menschen, die man sprechen hört, gleichzeitig im Bild vorgestellt bekommt. Bei der Vorführung sieht man zunächst ein Bild des Sprechers, und dann erscheint auf der Leinwand der Text des Gesprochenen in Umschrift und deutscher Uebersetzung.

Friedrich Ebert spricht

Neben diesen vor allem der Sprachwissenschaft und Sprachlehre dienenden Arbeiten erfüllt die Lautabteilung noch eine andere große kulturelle Aufgabe: das ist die Stimmenammlung bekannter Persönlichkeiten. Die Stimmen führender Menschen auf allen Gebieten der Kunst, Wissenschaft, Politik werden festgehalten und der Nachwelt in der getreuesten Form überliefert. Da spricht der große indische Dichter Rabindranath Tagore der jetzige englische Premierminister MacDonald, sein Landsmann, der neben dem berühmten Dichter Galsworthy, der Naturwissenschaftler Ernst Haeckel, der Forscher Sven Hedin, Hindenburg hält seine Ansprache nach der Schlacht bei Tannenberg; da sind die verstorbenen Größen des Kaiserreiches, neben Wilhelm dem Kaiser sprechen Bülow, Bethmann-Hollweg, Tirpitz: eine verfunken Welt steigt auf, vorbei —. Doch dann hört man die Vertreter eines neuen Deutschland, die Repräsentanten des Volkes; man erlebt noch einmal den Augenblick, in dem ein ganzes Volk aufatmete: Scheidemann ruft die Republik aus. (Diese Lautaufnahme wurde selbstverständlich erst nachträglich gemacht.) Die Erinnerung an einen Mann wird wach, der in schwerster Zeit auf verantwortlichem Posten gestanden hat, wenn man die ruhige Stimme des ersten Präsidenten der deutschen Republik hört. Es ist Friedrich Eberts berühmte gewordene Rede vor der Weimarer Nationalversammlung, nachdem er zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Ein menschlich und historisch bedeutungsvolles Dokument, und es klingt gerade heute wieder außerordentlich zeitgemäß, wenn man diese Sätze aus seinem Treugelöbnis hört: „Freiheit und Recht sind Zwillingsschwester, die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wiederherzustellen, wo sie angegriffen wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum äußersten.“

Kämpfe um die Wirtschaftspolitik

Hugenberg und sein Prophet Bang — Den Unternehmern wird es bang und bänger

Mit Hurra haben sich in der Vergangenheit die deutschen Unternehmer am Kampf gegen das Parlament und die Demokratie beteiligt. Parlament und Demokratie lassen die Wirtschaft nicht zur Ruhe kommen; so wurde auch von den Unternehmern der Kampf gegen den „Marxismus“ geführt. Die Unternehmer haben Papen bekommen, sie bekamen Schleicher, sie bekamen schließlich Hitler und Hugenberg, die wütendsten Feinde und begeistertsten Vernichter des Marxismus. Die Wirtschaft mühte also endlich ihre Ruhe gefunden haben, nach der die Unternehmer so schrien.

Aber seitdem der Nationalsozialismus mit der ungeheuren Machtzusammenfassung Hugenbergs als Nationalkapitalismus zur Macht gekommen ist, ist den deutschen Unternehmern wieder als je zumute. Und sie haben allen Grund dazu.

Der Wirtschaftsdiktator Hugenberg hat bisher noch nichts getan. Velleit nimmt er Rücksicht auf seinen Kollegen Hitler, der ihm den „rechten Flügel stark machen“ helfen muß, und will die Chancen der nationalsozialistischen Bewegung durch unpopuläre Zölle und antisoziale Maßnahmen nicht allzu früh verderben. Aber den Unternehmern imponiert das nicht, und wenn Hugenberg auch noch nichts getan hat: sie fürchten das, was unter Hugenberg möglich ist. Die vier Wochen bis zum 5. März bedeuten völlige Lahmlegung für die Wirtschaft. Was nachher kommt, kann und wird nicht besser sein.

Sehr lehrreich dafür ist, wie die Ernennung des Finanzrats Dr. Bang zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium in der Unternehmerpresse aufgenommen worden ist. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die gewiß scharfmacherisch genug ist, ist

entsetzt über die Ernennung Bangs zum Staatssekretär.

Sie schreibt: „Wenn Herr Dr. Hugenberg Oberfinanzrat Dr. Bang z. B. für den besten Mitarbeiter im Reichswirtschaftsministerium hält, den er finden könne, so wird er wissen, warum, und das Entsetzen weiter Wirtschaftskreise über diese Wahl ist zwecklos.“

Dabei mühte die „D.A.Z.“, dieses Organ der deutschen Schwerindustrie, eigentlich zufrieden sein mit Dr. Bang. Dieser heute 53jährige Sachse und frühere Rat im sächsischen Finanzministerium war, wenn er auch die Front nicht gesehen hat, im Präsidium des Alldeutschen Verbandes und der Vereinigten Vaterländischen Verbände, er ist ein Verehrer der Werksgemeinschaft und der Gründer einer deutschen Industriellenvereinigung. Er war Finanzminister der Kapp-Regierung, ist ein Sozialreaktionär von reinstem Wasser und der schärfste unter den Börsfischen.

Im Wahlkampf 1928 nannte Bang das deutsche Volk einen Eckstein, an dem jeder dreifache Rötler seine Bedürfnisse verrichte.

Er empfahl die Abschaffung aller Schutzmaßnahmen für Arbeiter und Angehörige, die nur dem Wohl des rassistischen Lebens zustreben. Er propagiert freilich auch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und erklärt die Goldwährung für eine marxistische Einrichtung. Die „D.A.Z.“ hätte sich also nicht zu beklagen, er ist in ihrem Sinne scharf genug gewesen. Aber die „D.A.Z.“ fühlt deutlich, daß alle diese Dinge für die Wirtschaft jetzt lebensgefährlich geworden sind.

Und Bang ist eins mit Hugenberg.

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht einen Vortrag von Dr. Bang, der sehr deutlich zeigt, wie sehr der neue Staatssekretär sich als den Propheten seines Ministers Hugenberg ansieht, und was Hugenberg zu sagen jetzt noch nicht für richtig hält, das sagt Bang. Was jahrelang zum Sprachschah der Unternehmernemagogie gehörte, das fürchten jetzt die Unternehmer, weil Bang es ausspricht, weil Bang es als Programm Hugenbergs bekannt gibt.

weil die kapitalistische Wirtschaft die Verschärfung der sozialen Spannungen, wie sie von Bang und Hugenberg zu erwarten sind, nur noch bei Lebensgefahr blanken kann.

Boraussetzung für den Aufbau, so meint Bang, sei die Beseitigung aller Bindungen der Privatinitiative durch den Staat. Der Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie und der Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Industrie weiß aber, daß zugunsten der Ostelbier heute kein Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie mehr möglich ist und daß der Hugenberg-Friede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unabsehbare Auseinandersetzungen zwischen den Klassen bedeutet. Bang bekennet sich zu der Ansicht Hugenbergs, daß die Kaufkraft nur durch die Rentabilität der Wirtschaft wieder hergestellt werden könne, was unter heutigen Verhältnissen aber neuen Lohndruck und neue soziale Kämpfe bedeutet.

Neben der Rentabilität der Wirtschaft müsse eine voraussichtgemäße Schuldentilgung im Inlande kommen. Dafür aber sei wieder Voraussetzung eine Regelung der gesamten Auslandsschulden.

Alles das verkündet Bang nach der „Deutschen Zeitung“ als Ansicht Hugenbergs. Die deutsche Wirtschaft muß aber die Hoffnungen auf

die ausländische Stillhaltung zu günstigeren Bedingungen ausgeben und eine schwere Erschütterung des deutschen Kredit- und Kapitalmarktes befürchten, wenn diese Ankündigungen Bangs zur Durchführung kommen.

Darum findet die „D.A.Z.“ auch jetzt noch keine Ruhe und sie gibt den Sorgen der Unternehmer deutlichen Ausdruck. Auch sie ist mit Hugenbergs Erklärung zur Zinsfrage nicht zufrieden und warnt vor der Erreichung gleicher Ziele auf Umwegen. Sie tordert von der Regierung, nachdem sie daran erinnert hat, daß Hugenbergs Staatssekretär auch die „Goldwährung als marxistisch“ verlästert habe, eine klipp und klare Festlegung, daß sie an der Goldwährung festzuhalten gedenke. Sie fordert, daß sich die Reichsregierung bei ihren Maßnahmen von Schwerin-Krosigk, dem Reichsfinanzminister, beraten lassen, und die „D.A.Z.“ nennt damit den Namen des Mannes, auf den die Unternehmer in ihrer Angst vor dem, was sie befürchten, jetzt allein noch vertrauen.

Aber von Schwerin-Krosigk weiß man nicht, ob er noch 14 Tage im Amt ist, nachdem das Gerücht nicht verstimmen will, daß Hugenberg ihm seinen Vertrauten Dr. Quast als Staatssekretär „zur Seite“ stellen will.

Die Junker und Hugenberg

Ein bemerkenswertes englisches Urteil

In ihrem am 4. Februar erschienenen letzten Heft nimmt der „Economist“, die konservative englische Zeitschrift, die sich zu politischen Ereignissen des Kontinents sonst nur mit größter Zurückhaltung äußert, in bemerkenswert scharfer Weise zu der von den deutschen Junkern verfolgten Restauration und zu Hugenberg als Wirtschafts- und Ernährungsminister Stellung. Sie führt im wesentlichen aus: Ein verzweifelter Entschluß, den unvermeidlichen Folgen ihres wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu entgehen, bewog die Junker, politische Fäden in der Wilhelmstraße zu ziehen. Denn jede Reichsregierung, die Erfolg haben will, steht vor der Aufgabe, den ostelbischen Bankrott zu liquidieren. Dieses überlebte soziale und wirtschaftliche System muß durch Siedler ersetzt werden, die auf eigener Scholle stehen und nicht aus der bodenlosen Kasse der Osthilfe schöpfen.

Die Junker haben einen Weg eingeschlagen, dessen Ende sie nicht kennen; aber es wäre überraschend, wenn sie die letzten Konsequenzen überleben würden.

Die preußischen Junker mögen diese oder jene Regierung durch Intrigen stürzen können; sie können das zwei- oder dreimal wiederholen. Aber sie können niemals wieder die entscheidende Macht in Deutschland werden.

Herr Hugenberg, der ein Ueber-Kapitalist ist, wie es im Buche steht, versucht auf seinem Doppelposten als Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister zwischen den Rücken zweier Pferde zu jonglieren; aber man muß abwarten, wie er es fertig bringen wird, daß die beiden Pferde nicht auseinanderlaufen. Denn die Interessen der Ostelbier können nur gewahrt werden auf Kosten der Industrie. Und mit 6 oder 7 Millionen Arbeitslosen kann das deutsche Volk eine Benachteiligung der industriellen Produktion und des Exports nicht zulassen.

Die Stillhaltekonferenz

Konflikt um die Zinshöhe

Die Verhandlungen wegen der verlängerten Stillhaltung von rund vier Milliarden ausländischer Kurzcredite sind jetzt in ihr kritisches Stadium getreten.

Zwei entscheidende Fragen sind es speziell, in denen die Ansichten der Auslandsgläubiger und der deutschen Schuldner hart aufeinandergeprallt sind. So ist die deutsche Forderung auf eine Senkung der Zinshöhe bisher auf einen fast einheitlichen Widerstand der Gläubigervertreter gestoßen. Man ist hier bisher noch keinen Schritt weiter gekommen und zur Klärung dieser Frage soll der Bankenausschuß zur nochmaligen Stellungnahme aufgefordert werden.

Die andere Frage, die zur Diskussion steht, ist für die Finanzierung des deutschen Außenhandels von entscheidender Bedeutung. Verschiedene ausländische Großgläubiger, an der Spitze die Vertreter der U.S.A., fordern eine erhebliche Herabsetzung der sogenannten Kreditlinien. Diese stellen bestimmte Kreditkontingente der einzelnen Länder für Deutschland dar, mit denen der Import ausländischer Waren nach Deutschland vorfinanziert wird. Diese ausländischen Forderungen stoßen mit Recht auf starken Widerstand der deutschen Delegierten, denn eine Kürzung dieser Kreditlinien

und die Unternehmer haben auch, darüber ist kein Zweifel, trotz aller Regierungserklärungen Währungsorgen und Sorgen um die Reichsbank. Neben Schwerin-Krosigk hoffen die Unternehmer auf Dr. Luther. Die unterirdische Arbeit gegen Luther wird aber nach wie vor fortgesetzt. In deutschnationalen Kreisen geht der Plan um,

Luther vor die Alternative zu stellen,

entweder mit einer finanziellen Entschädigung in ein anderes Amt zu gehen oder sich einen Reichswährungskommissar zur Seite stellen zu lassen. Dieser Reichswährungskommissar aber wäre niemand anderes als Dr. Schacht.

Es sind die letzten Grundlagen für die Aufrechterhaltung einer geordneten Wirtschaft schlechthin, die die Unternehmer heute durch die Entwicklung der Dinge bedroht sehen. Das ist die Ernte aus jenem hemmungslosen Kampf, den auch die Unternehmer gegen Parlament und Demokratie geführt haben. Die organisierte Arbeiterschaft wird ihre ganze Macht zur Rettung der Demokratie einsetzen. Sie wird es aber für eine Wirtschaft tun, in der wirklich Vernunft und Volkswohlfahrt die einzigen Ziele sind.

hätte zur Folge, daß bei eintretender Preissteigerung auf den Weltmärkten die deutsche Devisenbilanz in Unordnung geraten müßte, da bei der bekannten mühseligen Ausbalancierung der deutschen Devisenbilanz diese zusätzlichen Beiträge für verteuerte Rohstoffeinfuhr nicht aufgebracht werden können.

Dieser Konflikt auf der Stillhalte-Konferenz steht in engem Zusammenhang mit der neuen politischen Lage in Deutschland. Legien Endes bedeuten die Forderungen der Stillhaltegläubiger nichts anderes, als daß das Ausland sein Risiko in Deutschland abzubauen will bzw., daß man in den hochgehaltenen Zinsen sich eine besondere Risikoprämie auf in Deutschland lagernde Kredite einkalkuliert.

Kampf um Zölle

Preiserhöhung für Schmalz und Eier?

Von der Regierung der „nationalen“ Konzentration erwarten ihre Anhänger schnelle Entschlüsse und Taten. Aber hart im Raume stoßen sich die Interessentenwünsche und die Wahlrücksichten! So ist es jedenfalls in der Frage der Schmalz- und Eierzölle.

Um diese Zölle erhöhen zu können, sind die Handelsverträge mit Schweden und Jugoslawien gefährdet worden. Die unentwegten Landwändler fordern eine Erhöhung des Schmalzollens von 10 auf 50 Mark, des Eierzollens von 5 auf 120 (!) Mark je Doppelzentner. Bezweckt wird damit eine fühlbare Erhöhung der Preise, eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der

breiten Massen — der Landwirtschaft wird sie nichts nützen, da der Konsum dann weiter eingeschränkt werden muß.

Selbst diese Regierung zögert, die hemmungslosen Wünsche der Landwändler zu erfüllen. Die nationalsozialistischen Kabinettsmitglieder können ihrer großstädtischen Anhängererschaft nicht eine so starke Preiserhöhung als erste wirtschaftliche Maßnahme zumuten. Also ist die Zollangelegenheit vorläufig ins Stocken geraten. Man rechnet mit neuen Zwischenkontingenenten für Schmalz, da bis zum 15. Februar keine Einigung über den neuen Schmalz Zoll erfolgen dürfte. In den Verhandlungen mit Jugoslawien soll ein Eierzoll von 30 Mark ermogen worden sein.

Handelspolitik — wohin?

Eine erschütternde Bilanz

Soeben wird vom Statistischen Reichsamte die Aufgliederung des deutschen Außenhandels im Jahre 1932 nach Ländern und Erdteilen gegeben.

Die gesamte Einfuhr ist von 6,7 Milliarden Mark im Jahre 1931 auf 4,7 Milliarden Mark im Jahre 1932, also um 2,0 Milliarden Mark oder etwa 30 Proz. gesunken. Die Ausfuhr aber ging von 9,6 auf 5,7 Milliarden Mark, also um 3,9 Milliarden Mark oder 40 Proz. zurück.

Deutschlands Außenhandel (in Millionen Mark).

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1931	1932	1931	1932
Gesamt . . .	6727	4667	9599	5739
Europa . . .	3764	2499	7778	4647
Uebersee . .	2964	2132	1821	1089

Während im Außenhandel mit Uebersee Einfuhr wie Ausfuhr um fast den gleichen Betrag zurückgingen, sank im Handel mit Europa die Einfuhr nur um 1,3 Milliarden Mark, die Ausfuhr aber um 3,1 Milliarden Mark. Die Passivität des Außenhandels mit Uebersee blieb mit 1,0 Milliarden Mark fast unverändert; der Ausfuhrüberschuß mit den europäischen Ländern aber ging von 4,0 auf 2,1 Milliarden Mark zurück. Wenn der Ausfuhrüberschuß des gesamten deutschen Außenhandels von 2,9 auf 1,1 Milliarden Mark zurückging, so ist das eine Folge der Verschlechterung der deutschen Handelsbeziehungen mit Europa.

Von dem gesamten Ausfuhrüberschuß von 3,9 Milliarden Mark entfallen 2,9 Milliarden Mark auf den Rückgang der Fertigwarenausfuhr. Das bedeutet eine Vermehrung der industriellen Arbeitslosigkeit um etwa 1,5 Millionen Menschen und einen entsprechenden Kaufkraftausfall, den vor allem die Landwirtschaft spüren muß.

Wird Herr Hugenberg, Deutschlands derzeitiger Wirtschaftsdiktator, aus diesen Ziffern ersehen, daß der Handel mit Europa über Ausfuhrüberschuß, Devisenbilanz und Zahlungsfähigkeit Deutschlands entscheidet?

Erhöhte Dezembereinnahmen der Reichsbahn.

Trotz des jahreszeitlichen Rückchlages im Güterverkehr liegen die Einnahmen der Reichsbahn im Dezember auf 246,4 gegen rund 230 Millionen im November. Der Kohleerfordernis war um etwa 10 Proz. höher als im Dezember 1931, desgleichen war auch der Transport von künstlichem Dünger und Agrarprodukten größer. — Infolge Entlassung von Zeitarbeitern bei der Bahnunterhaltung verringerte sich das Personal um fast 29 000 auf 562 938.

8 Prozent Dividende Sächsische Bank. Der Aufsichtsrat der Sächsischen Staatsbank beschloß, für das Geschäftsjahr 1932 eine Dividende von 8 Prozent vorzuschlagen.

Elend im Harzbergbau

Was tun Preußen und Braunschweig? — Wo bleiben die Retter?

Nachdem schon vor Monaten einmal die Harzer Erzgruben und Hüttenwerke vor der Gefahr der Stilllegung standen, stehen die Harzer Bergdörfer und -städte jetzt vor der endgültigen Verelendung. Es erhält sich das Gerücht, daß die Erzgruben und Hüttenbetriebe demnächst völlig stillgelegt werden. Auch langwierigen Verhandlungen wurde vor Monaten erreicht, daß die Preußen und Braunschweig sowie die Preuhag Zuschüsse zur Aufrechterhaltung der Harzer Erzbetriebe zahlten. Diese Zuschüsse sollen jetzt in Fortfall kommen.

Preußen und Braunschweig wollen keine Gelder mehr bereitstellen, um den Harzer Bergbau aufrecht zu erhalten. Damit würde die Stilllegung der Harzer Erzgruben Laßnabe und rund 3000 Arbeiter und Angestellte würden arbeitslos.

In Preußen und in Braunschweig bestimmen heute die Nazis über die Staatspolitik. In ihren Händen liegt deshalb auch die Entscheidung über das Schicksal der Harzer Erzgruben und damit die wirtschaftliche Existenz von 3000 Menschen mit ihren Familien. Eine Reihe von privaten Erzbetrieblieben in Deutschland haben Subventionen aus Reichsmitteln erhalten. Es sei nur an den Mansfelder Kupferbergbau, an Stolberg und Giesche, erinnert, die Millionenbeträge erhielten. Was für Mansfeld und die anderen

recht war, das muß für den Harzer Bergbau billig sein. Die Harzer Bergarbeiter sollen gerade deshalb leiden, weil die Erzgruben, die ihnen Jahrhunderte lang Arbeit und Brot gaben, sich in öffentlicher Hand befinden, und deshalb nicht gestiftet werden sollen.

Die Nationalsozialisten in Preußen und Braunschweig haben den Arbeitern goldene Berge versprochen. Jetzt sind sie an der Macht und in der Verantwortung. Jetzt haben sie Vierjahrespläne. Die Not der 3000 Bergarbeiterfamilien im Harz drückt sie nicht.

Sächsische Industriekredite

Zur Behebung der schweren Not im sächsischen Industriegebiet hat sich die Regierung entschlossen, die 80prozentige Garantie für 10 Millionen Wirtschaftskredite zu übernehmen. 20 Proz. Garantie übernehmen sächsische Banken. — Dieses Garantieabkommen ist als Gesefehemurfs dem Sächsischen Landtag bereits zugegangen. Es heißt in der Gesetzesvorlage, daß der Staat Sachsen bei seinen schwierigen Finanzverhältnissen der Industrie keine Barmittel für Aufträge zur Verfügung stellen könne, aber wenigstens für die Fälle, wo die Banken mangels ausreichender Sicherheit Kredite nicht mehr geben würden, die Garantie übernehmen.

Der neue Rundfunk



„Husten“ am Grabe SA. stört Trauerrede

Oppeln, 7. Februar.

Auf dem katholischen Friedhof von Ottmachau wurde heute unter starker Teilnahme der Bevölkerung der in Berlin erschossene Hauptwachmeister Jaurig zu Grabe getragen. Der Leichenzug bewegte sich vom Elternhaus des Verstorbenen, im Dorfe Rittersh, wo die Leiche aufgebahrt war, zum Kirchhof. Hinter dem Sarge marschierte die

schleifische SA. unter Führung von Heines

sowie Abordnungen des Stahlhelm. Im Trauerzug befanden sich ferner Abordnungen der Kriminalpolizei, der Landjäger, der ober-schlesischen Schutzpolizei sowie eine Abteilung der Berliner Polizei unter Führung von Hauptmann Przhilla, die am Grabe des Verstorbenen drei Ehrensalven abgab.

Bei der Beisetzung selbst kam es zu einem Zwischenfall. Geistlicher Rat Gansse tröstete zunächst die Angehörigen. Jaurig sei in treuer Pflichterfüllung gefallen. Das deutsche Volk sei zu betlagen, in dessen Reihen sich solche Dinge ereignen könnten. Als der Geistliche u. a. sagte, der Grundlag der deutschen Führung dürfe nicht sein: **Wißt du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein. — Wenn man nicht guten Willens folgen wolle, dann sollen eben Köpfe rollen.** da wurde er durch lautes Husten aus den Reihen der Teilnehmer unterbrochen. Geistlicher Rat Gansse erwiderte, daß den Nationalsozialisten und Stahlhelmangehörigen zuwendend: **„Jamohl, und wenn Sie noch so husten! Ich stehe hier als Ränder der Wahrheit.“**

Hauptmann Przhilla legte namens der Berliner Schutzpolizei einen Kranz am Grabe nieder.

Die Blüte der Nation Kaschemmen an der Hochschule

Münster, 7. Februar.

Als gestern Abend der Hamburger Nationalökonom Genosse Prof. Heiman auf Einladung der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft an der Universität Münster einen Vortrag über das Thema „Sozialistische Planwirtschaft (Umriss einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung)“ halten wollte, der von der Leitung der Universität genehmigt war, wurde er gleich zu Beginn von Nationalsozialisten gewaltsam am Reden gehindert. Die Vorlesung wurde daraufhin abgebrochen. Während die Teilnehmer das Universitätsgebäude verließen, kam es vor dem Gebäude zu einer Schlägerei, bei der mehrere Personen verletzt wurden. Ein Student erhielt einen Messerstich in den Rücken und einen in den Unterarm, ein anderer wurde so erheblich verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Frankreichs Sicherheitshefe Sogar Polen rückt davon ab

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 7. Februar.

In Fortsetzung der Generalausprache über den französischen Abrüstungsplan erklärte am Montag vor allgemeiner Herrschaft der Vertreter Polens, daß die Sicherheitsideen des französischen Plans keine Aussicht auf Verwirklichung haben könnten. Man müsse sich auf die praktisch möglichen Punkte beschränken und nicht nutzlos debattieren über Aufgaben, die den Rahmen dieser Konferenz überschritten. Die Generalkommission müsse am Schluß dieser Aussprache ein Programm ihrer Arbeit aufstellen. In die Konvention müßten vor allem die Verbote des chemischen Krieges, der Angriffswaffen für Land, See und Luft sowie der privaten Waffen- und Munitionsherstellung aufgenommen werden; ferner die Kontrolle der Abrüstung und des Handels mit Kriegsmaterial. Für die Sowjetunion warnte Litwinow vor einer Sicherheitsdebatte, die nur die Abrüstung hinausschieben könnte. In einem rein europäischen Sicherheitsplan könne Rußland nicht teilnehmen. Für Sanktionen sei ein inter-

Frank wird frech!

Unverschämte Behauptung und Ablehnung! — Göring will vermitteln

Frank II hat an den Reichstagspräsidenten Göring ein Schreiben gerichtet, in dem er zunächst dreist behauptet, daß der Brief des Abg. Löbe an den Reichstagspräsidenten eine Fülle von Unrichtigkeiten enthalte.

Es sei un wahr, daß die Nationalsozialisten durch ununterbrochenes Schreien, Beschimpfen des Vorsitzenden und durch Gewaltandrohungen den Vorsitzenden an der Ausübung seines Amtes gehindert hätten. Er, Frank II, habe seiner begreiflichen Erregung über die Beschimpfung des Führers der NSDAP. durch den Abg. Löbe Ausdruck gegeben.

Weiter beschwert sich Abg. Frank II darüber, daß Abg. Löbe, der die Sitzung des Ausschusses für eine halbe Stunde unterbrochen hatte, nach Ablauf dieser Zeit die Sitzung nicht wieder eröffnet habe, sondern den Ausschussmitgliedern durch einen Reichstagsbeamten habe mitteilen lassen, daß die Sitzung nicht wieder aufgenommen werden würde.

Frank II spricht im Namen der nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsaus-

schusses die Forderung aus, entsprechend der von der sogenannten Brüning-Mehrheit seinerzeit beschlossenen Venderung der Reichstagsgeschäftsordnung dem Abg.

Löbe im Wege der Ausschuhabstimmung das Amt des Vorsitzenden zu nehmen und ihn durch eine andere vom Ausschuh zu wählende Persönlichkeit zu ersetzen.

Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsaus schusses würden, solange dieser Forderung nicht stattgegeben sei, Sitzungen des Ausschusses mit allen parlamentarischen und gesetzlich erlaubten Mitteln unmbglich machen. Zum Schluß kommt Abgeordneter Frank II auf das Ersuchen Löbes an Göring zu sprechen, auf Grund seiner präfabrierten Beschlüsse künftige Sitzungen des Ausschusses sicherzustellen. Er bittet den Reichstagspräsidenten, seine Stellungnahme gegenüber diesem Ansuchen des Abgeordneten Löbe davon abhängig zu machen, daß Löbe sich für seine dem Führer der NSDAP. angetane Verunglimpfung

entschuldige. Für diesen Fall stellt Abgeordneter Frank II die Möglichkeit einer Ueberprüfung des Standpunktes der nationalsozialistischen Mitglieder des Ueberwachungsaus schusses in Aussicht.

Die Nazis unterschätzen augenscheinlich die Intelligenz und den Charakter des Abgeordneten Löbe!

Ueberwachungsaus schuß Neue Sitzung in wenigen Tagen

Auf den Brief des Ausschuhvorsitzenden Löbe hat Reichstagspräsident Göring wissen lassen, daß er um eine Beilegung des Konflikts bemüht ist und hat vorgeschlagen, die Wiedereinberufung um einige Tage hinauszuschieben.

Da auch die auswärtigen Mitglieder der übrigen Parteien zum Teil abgereist waren, wird die neue Sitzung vom Abg. Löbe in einigen Tagen einberufen werden.

Unsere Kandidaten

Der Berliner Bezirksparteitag der Sozialdemokratie hat am Sonnabend die bisherige Liste der Kandidaten für die Reichstagswahl bestätigt. Es kandidieren also für die Sozialdemokratie zum Reichstag im

Wahlkreis 2 — Berlin:

Arthur Crispian, Siegfried Kuffhäuser, Clara Bohm-Schuch, Carl Litke, Erich Lütke, Dr. Julius Moses, Franz Koch, Lorenz Braunig, Otto Theuner, Anna Bormann, Billy Hanke, Willi Kiese, Arthur Richter, August Gruse, Josef Mühlmann, Arthur Pehold, Dr. Theodor Haubach.

Wahlkreis 3 — Potsdam II.

Franz Künzler, Dr. Kurt Löwenstein, Kurt Heinig, Marie Kuncel, Friedrich Schröder, Richard Hill, Dr. Wilhelm Kroner, Arthur Reichardt, Dr. Otto Friedländer, Billy Schneider,

Luise Sydow, Max Kiese, Max Krause, Paul Amhoff, Libert Hofmann, Max Gilmesier, Max Meimold, Ludwig Diederich, Karl Heinrich, Gustav Krculcin.

Zur Landtagswahl wurden wieder folgende Listen aufgestellt:

Wahlkreis 2 — Berlin:

Otto Meier, Erich Kuttner, Gertrud Hanna, Georg Maderholz, Karl Welner, Helene Schmitz, Max Heydemann, Otto Burgemeister, Fritz Barthelmann, Karl Hehlhold, Paula Kurgah, Paul Brendel, Ernst Cron, August Gruse, August Pottloch.

Wahlkreis 3 — Potsdam II.

Hermann Hornisch, Luise Köhler, Max Jechner, Robert Bredow, Georg Klauhner, Paul Beder, Dr. Richard Lohmann, Paul Hepprich, Katharina Kern, Paul Amhoff, Karl Palmer, Hans Wegwod, Erich Raddah, Hermann Lempert.

Kampf ums „Morgenrot“ Hitler und Hugenberg

Vor ein paar Tagen gab es einen neuen Ufa-Film zur Verherrlichung des Seekriegs „Morgenrot“ betitelt. Der Film wurde in England als Unfreundlichkeit empfunden.

Da erklärte Hitlers „angelsächsischer Referent“ Dr. Hanfstaengl dem „Times“-Korrespondenten, der Reichstanzler mißbillige die naive, einseitige Darstellung des Films, der Mut und Edelmut allein bei den Deutschen finde, bei den Engländern aber nur Gewalt und Töde.

Dieses wurde im Hause Hugenberg unangenehm empfunden, und jetzt meldet der „Vokal-Anzeiger“: „Reichstanzler Adolf Hitler läßt zu englischen Meldungen, die behaupten, daß er die Tendenz des Filmes „Morgenrot“ mißbilligt habe, mitteilen, daß er keine Ermächtigung zu einer derartigen Erklärung gegeben habe.“

Damit ist ein drohender Konflikt zwischen der Reichstanzler und dem Ufa-Palast beseitigt. Die Verfilmung in England bleibt.

Ist das Einheitsfront?

Unlautere Manöver von Kommunisten

In den Straßen Berlins wurde von Zeit zu Zeit ein sogenannter „Roter Vorwärts“ verbreitet, ein Kommunistenblatt, das sich mit plumper Ungeschicklichkeit als ein „oppositionell-sozialdemokratisches“ Blatt zu tarnen versuchte. Nachdem unser Verlag diesem unfauberen Organ den Miß-

brauch des „Vorwärts“-Kopfes verboten hatte, erscheint es nun als „Stimme der Opposition, Diskussionsorgan für oppositionelle Sozialdemokraten Berlin-Brandenburgs“. Der Inhalt ist eine einzige kommunistische Hege gegen die Sozialdemokratische Partei, und der Versuch, das Blättchen als „oppositionell-sozialdemokratisch“ auszugeben, ist Betrug.

Solange die kommunistische Partei dieses schmutzigen Treibens duldet oder gar organisiert, müssen alle ihre Einheitsfrontklärungen als unehrliche Manöver betrachtet werden. Wer die Sozialdemokratische Partei beludelt und damit den Kampf zwischen den Arbeitern schürt, ist kein Freund, sondern ein Feind einer einzigen Arbeiterfront und muß als solcher gebrandmarkt werden.

Sie haben es eilig!

Amilich wurde mitgeteilt:

„Am Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft häufen sich die Besuche einzelner Persönlichkeiten, die Wünsche und Ratschläge vorzubringen haben. Das Ministerium macht darauf aufmerksam, daß durch die Fülle der Besuche die sachliche Arbeit nur gehemmt wird. Es wird deshalb gebeten, die persönlichen Besuche im Ministerium vorläufig einzuschränken. Den berufenen Organen und Verbänden der Landwirtschaft wird rechtzeitig Gelegenheit geboten, zu den einzelnen beabsichtigten Maßnahmen Stellung zu nehmen.“

Landkreise und Arbeitslofenhilfe. Der Landkreistag weist neuerdings darauf hin, daß die bisherige Organisation der Arbeitslofenhilfe in Zukunft für die Fürsorgeverbände nicht mehr haltbar sei. Es müsse eine Zusammenfassung von Krisenlofenhilfe und Wohlfahrtslofenhilfe erfolgen (finanzuell und organisatorisch).

Der Lippsche Landtag wählte die nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Krappe-Lemgo, Wedderwille-Voge und Rispper-Berl zu Mitgliedern der Landesregierung. Zum Landtagspräsidenten wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Bürgerlichen der Abgeordnete Helms gewählt, zum Vizepräsidenten der bisherige sozialdemokratische Fraktionsführer Sinne.

Graf Albert Apponyi ist, 87 Jahre alt, in Genf gestorben. Er hat als ungarischer Unterrichtsminister die Kinderheiraten auf das schändlichste verfolgt und dadurch der Zerschlagung Ungarns nach dem verlorenen Krieg stark vorgearbeitet. Im Völkerverbund imponierte er durch sein vielsprachiges Redetalent.

Im Streit erschossen hat der polnische Leutnant Bendkowski den deutschen Ingenieur Kolter vom Verjuchbergwert Barbara in Schiffschowa. Der Täter wurde verhaftet. Die Bemeggründe zur Tat sind noch nicht bekannt.

